

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Bittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Amerikat 1967 für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Setzungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Verkaufsstellen vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagespartie 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restanteil 20 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 103.

Magdeburg, Freitag den 3. Mai 1918.

29. Jahrgang.

Krach in der Ukraine.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags hat der Staatssekretär v. Waldow als Leiter des Kriegsernährungsamts am Mittwoch erklärt, daß Deutschland auf namhafte Zufuhren aus der Ukraine angewiesen ist, wenn es eine Herabsetzung der jetzigen Brot ration vermeiden will. Er hat hinzugefügt:

Das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Wirtschaftsverhandlungen in Kiew läßt erhoffen, daß die Ukraine die versprochenen 60 Millionen Rubel (1 Rubel gleich 33 Pfund) bis 31. Juli 1918 an die Mittelmächte durch das Staatsgetreidebureau, eventuell durch unmittelbaren Ankauf der Mittelmächte liefern wird. Ob eine Herabsetzung der Brot ration notwendig ist, läßt sich erst in einigen Wochen, je nach dem Ausfall des Eingangs der Transporte, übersehen.

Der Leiter des Kriegsernährungsamts steht nicht in Fühlung mit andern Reichsämtern. Er ist nicht unterrichtet worden, wie es in der Ukraine in Wirklichkeit aussieht. Andernfalls hätte er sich gehütet, auf die Lieferung aus der „Kornkammer“ große Hoffnungen zu setzen, und dem auf dem Papier geschlossenen Wirtschaftsabkommen die von ihm beliebte Bedeutung beizumessen. Er wird daher genau wie viele andre Optimisten weit die Augen aufgerissen haben, als er heute früh aus den Moranblättern Kenntnis von der folgenden

amtlichen deutschen Mitteilung

erhalten hat:

In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsaussaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter, Freiherrn von Mumm, genötigt, einen Erlaß über die Ausföhrung der Frühjahrsaussaat zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse enthielt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Kaba einen Protest hervorrief.

Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an der Agitation gesen und beteiligten. Unter diesen Umständen gewann die militärische Verhaftung des Direktors der russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobry, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zur Hilfe gerufenen Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt.

Dobry war als ukrainischer Finanzfachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtssicherheit in Kiew zu schützen. Feldmarschall von Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn von Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf die Einsetzung von Militärgerichten, die strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwererer Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten.

Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits einem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte unter andern zur Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Klafschens, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogacki und des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Lubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Unter dem Einmarsch der deutschen und österreichischen Truppen haben sich in der Ukraine also

erbauliche Gegensätze entwickelt.

Gegensätze übrigens, die wir vorausgesagt haben, als der Einmarsch begann, und die es höchst unwahrscheinlich machen, daß wir auch nur einen kleinen Teil der auf dem Papier versprochenen 20 Millionen Zentner bekommen werden. Die Regierung der Ukraine, die von einer kritiklosen deutschen Presse mit Jubel als Bundesgenossin begrüßt worden ist, leistet nicht nur passiven, sondern sogar aktiven Widerstand. Sie will von einer Unterstützung oder Erfüllung der deutschen Wirtschaftspläne nichts wissen. Sie rührt keinen Finger, um die Aussaat durchzusetzen; sie befehtigt durch Verhaftung den Vertrauensmann der Deutschen und erhebt in der Kaba scharfen Protest gegen das deutsche Vorgehen. Sie hat offenbar nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Deutschen nur „Ordnung“ im Lande herstellen wollen.

Um diese Ordnung anzubahnen, geht das deutsche Kommando seinerseits angriffsweise vor. Es verhaftet Mitglieder der Regierung, darunter den Kriegsminister und die Frau des Ministers des Innern. Es installiert Militärgerichte, stellt Kiew, die Landeshauptstadt, unter Ausnahmegefehe. Es wehrt sich, indem es in der Ukraine, einem neutralen Lande, dessen Regierung die Deutschen zur Hilfe gegen die Bolschewiki geufen hat, auftritt wie in einem eroberten und okkupierten Gebiet.

Die

Wirkung wird nicht ausbleiben.

Sie wird sicher nicht dahin gehen, daß die Stimmung der Bevölkerung gegen die Deutschen und ihre Pläne friedlicher gestaltet wird. Die Abneigung der Bauern gegen die Lieferung von Getreide wird nicht gemindert, sondern verstärkt

werden. Die Reibungen werden heftiger und allgemeiner, der passive und aktive Widerstand der Regierung wie der Getreidebesitzer wird sich ausbreiten und vertiefen.

Auf den Widerstand der Ukrainer setzte der deutsche Druck ein. Ihm folgt ganz naturgemäß der ukrainische Gegenruck. Die Verhältnisse werden sich daher immer mehr zuspitzen und das ukrainische Getreide wird in der Hauptsache dort bleiben, wo es jetzt lagert. Man braucht, um diese Entwicklung sich auszumalen, doch nur an die Zustände in Deutschland selbst zu denken. Hier werden die Agrarier

mit Samthandschuhen angefaßt.

Nein, nicht einmal angefaßt. Sie werden mit patriotischen Ermahnungen gefüttert und mit Anreizpreisen, die höher und höher gehen, zur Erfüllung ihrer Pflicht ermuntert. In der Ukraine dagegen glaubt man, mit der Gewalt der Waffen das Ziel zu erreichen, das man in Deutschland mit gutem Zureden und raschelnden Papierscheinen noch immer nicht erreicht hat. Dabei haben die ukrainischen Agrarier ein vollgerichtetes eigenes Interesse an der Ernährung der deutschen Bevölkerung, während die ukrainischen Bauern die Deutschen als Eindringlinge, wenn nicht als Schlimmeres betrachten und nicht die geringste Solidarität mit den fremden Soldaten empfinden.

Das ist alles mit Händen zu greifen. Aber unsere Diplomaten und die bürgerlichen Wortführer sehen und hören nichts. Noch weniger werden sie sich über die Wirkungen ihrer Maßnahmen klar, bevor sie eingeleitet werden. Sie haben seit den Jannartagen die Ukraine mit Deutschland im Bunde, weil sie wünschten, daß es so sein möchte. Sie tappten frohen Mutes ins dunkle hinein und haben jetzt ein böses Erwachen.

Das sind einige der

Folgen des Dreier Gewaltfriedens.

Andere werden noch kommen. Denn in Rußland gärt es gewaltig. Die Haltung der ukrainischen Regierung wie Bevölkerung beweist klar, daß ihre Sympathien und Wünsche nach der russischen Seite ausschlagen. Wir haben das vor Monaten als selbstverständlich betont, aber man hat nicht auf die Mahnungen der sozialdemokratischen Presse gehört. Was immer im Osten politisch versucht worden, ist falsch angepackt und durchgeführt worden. Soweit die Ukraine in Frage kommt, dürfte diese Einsicht jetzt auch den vielen aufleuchteten, die unsere Mahnungen und Darlegungen als weisfremd und nicht realpolitisch genug abgetan haben.

Die reale Gestaltung in der Ukraine zeigt, wo die Realpolitiker im Februar gestanden, geredet und geschrieben haben. —

Die Ablehnung ist sicher.

Auch der zweite Tag der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus hat die Entscheidung noch nicht gebracht, und doch zweifelt jetzt kaum noch jemand daran, wie sie ausfallen wird. Nachdem der Zentrumsabgeordnete Borj erklärt hat, von keinen Fraktionsgenossen würden 16—18 gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, und nachdem am Tage darauf der Rechts-Nationalliberale Lohmann sagen konnte, er spreche für die Hälfte seiner Fraktion, das heißt etwa 36 Nationalliberale, gegen das gleiche Wahlrecht, kann man durch Adam Riefes Kunst die Zukunft einigermaßen voraussagen. 16 und 36 in 52 oder rund gerechnet 50 Stimmen, die den konservativen und freikonservativen Wahlrechtsgegnern zustiegen werden. Das genügt, um ihnen eine

recht erhebliche Mehrheit zu sichern.

auch wenn man die paar weißen Raben unter ihnen, die für das gleiche Wahlrecht stimmen wollen, und die voraussichtlich ziemlich zahlreichen Abgeordneten abrechnet, die sich der Abstimmung fernhalten werden.

Für die Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der zweiten Lesung werden dann die Nationalliberalen und das Zentrum die Mitverantwortung zu tragen haben. Auf dem nationalliberalen Preussentag hat Herr Strejemann erklärt, bei den nächsten Reichstagswahlen würden keine 10 Na-

tionalliberale gewählt werden, wenn die nationalliberale Landtagsfraktion das gleiche Wahlrecht ablehne. Das Ergebnis wird sich wahrscheinlich nicht viel anders stellen, wenn nur die Hälfte der nationalliberalen Landtagsfraktion gegen das gleiche Wahlrecht stimmt und ihr gleichwohl gestattet wird, weiter in der Partei zu bleiben.

Ähnliches gilt vom Zentrum. Wenn das Zentrum die wahlrechtsfeindlichen Elemente aus seiner Mitte nicht entfernen will und kann, dann trägt es für ihr Verhalten die Verantwortung. Auch das Zentrum muß darauf gefaßt sein, daß in künftigen Wahlkämpfen das volksfeindliche Verhalten seiner Magnaten schwer ins Gewicht fallen wird. Wir müßten ja Giel sein, wenn wir uns dieser Waffe nicht bedienen würden!

Indes werden die Mittelparteien vielleicht doch in naher Zeit dazu gezwungen sein, zu den

Wahlrechtsgegnern in ihren eigenen Reihen

klare Stellung zu nehmen. Zwar ist es offenbar, daß die Regierung die Auflösung nicht will, aber man sieht durchaus nicht, wie sie noch um sie herumkommen könnte. Auch in der Mittwochssitzung hat ein Vertreter der Regierung, der Minister des Innern Dr. Dremis, wiederholt, was eigentlich schon längst selbstverständlich sein sollte, daß die Regierung vor gleichen Wahlrecht nicht abgehen werde. Die Mehr-

heit des Hauses will aber auf keinen Fall das gleiche Wahlrecht annehmen und läßt sich auch durch das Angebot irgendwelcher noch so weitgehender „Sicherungen“ von ihnen wegen nicht abbringen.

Dieses Verhalten der Rechten ist von ihrem Standpunkt aus ganz verständlich. Denn mit „Sicherungen“ ist überhaupt nichts zu sichern, können die zukünftigen innern

Kämpfe nur noch gereizter und erbitterter

gemacht werden ohne Aenderung des schließlichen Erfolgs.

Man stelle sich vor, daß eine festgefügte Abgeordnetenhaus-Mehrheit eine bestimmte Reform will, daß sie mit diesem Verlangen die große Mehrheit des Volkes hinter sich hat, und daß sie an seiner Erfüllung durch irgendwelche „Sicherungen“ gehindert wird. Was wird die Folge sein? Daß die Mehrheit ihren Einfluß auf die Verwaltung und auf die Reichsgegesetzgebung geltend machen wird, um ihr vollstündiges Ziel auf Umwegen zu erreichen. Gesetze zum Beispiel, die das Verhältnis des Staates zur Kirche und Schule betreffen, können auf dem Verwaltungsweg so ausgehöhlt werden, daß nichts von ihnen übrigbleibt. Neben trotzdem Gesetzesrechte, die der Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung unerträglich scheinen, so wird die schon vorhandene Bewegung für die Einführung eines Reichsschulgesetzes alsbald zum reißenden Strom an-

wegs eine Oppositionspartei. In allen Fragen der Kirche und Schule, in den Agrarfragen gehen sie mit der Mehrheit dieses Hauses zusammen. Die Gefahr, die angeblich Preußen beim gleichen Wahlrecht drohen soll, besteht nur in der Phantasie der Herren, die keine besseren Gründe haben.

Wenn Hbg. Lohmann meint, daß die Leute nur dadurch, daß man ihre Unzufriedenheit erregt und durch Verprechungen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, so irrt er. Ein großer Teil unserer Anhänger wird uns durch die Taten der reaktionären Parteien zugeführt, vor allem auch wieder durch die Tat der Kommission, die das gleiche Wahlrecht unter so wichtigen Umständen hervorzuheben und durch ein plutokratisches Wahlrecht zurück zu werfen hat. Den Sieg des Sozialismus können Sie nicht hindern, wenn Sie noch so viel Sicherungen dagegen aufrichten. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Was die Rückführung auf das Gemeinbewahlrecht betrifft, so sind wir stets für das

gleiche Wahlrecht auch in den Gemeinbewahlungen eingetreten. Wir wollen eben ein in allen Gliedern demokratisches Preußen haben. Erst dann kommt der Wille des Volkes, der uns noch immer als der höchste Wille gilt, wirklich zur Geltung. In der Kommission hat man sich nun nicht gegen den von der angeblichen Kreise des deutschen Volkes zu sprechen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das bietet man dem Volke, durch dessen Einsicht es überhaupt erst möglich geworden ist, diesen Krieg nach außen hinreichend zu führen und im Innern durchzuführen. (Sehr wahr! h. d. Soz.), dem Volke, das durch seine Betätigung auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge seine Reife an den Tag gelegt.

Sie mögen das gleiche Wahlrecht jubelnd begrüßen, die Macht haben Sie. Aber glauben Sie nicht, daß der Wahlrechtskampf dann zur Ruhe kommt. Keine Macht der Welt wird imstande sein, dem Volke seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung auf die Dauer streifen zu machen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Graf Spee sprach von der

Stimmung an der Front.

Ich bezweifle, daß er die wirkliche Stimmung kennt. Kommt denn ein Major im Divisionsstab in Verührung mit den gewöhnlichen Soldaten? Was er vorgefragt hat, mag die Stimmung in gewissen Offizierskreisen sein, aber nicht die Stimmung der großen Masse an der Front. Und wie die Stimmung der Arbeiterkreise im Innern ist, das beweist die Neugierde aus dem Genralblatt der christlichen Gewerkschaften: „Alle Schichten des deutschen Volkes und die unteren am meisten haben ihre Blutsopfer in diesem Kriege gebracht und haben damit Anspruch darauf, über die Geschicke des Vaterlandes in voller Gleichberechtigung mitzubestimmen. Die deutsche Arbeiterklasse wird es unter keinen Umständen zugeben, daß sie um den Preis ihrer Opfergaben betrogen werde.“ (Hört, hört! h. d. Soz.) So berufen also die Gewerkschaften, die in der Zentrumspartei ihre parlamentarische Vertretung erblinden. Wenn ein Teil des Zentrums jetzt gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, so geht es sich damit nicht nur mit der Stimmung dieser seiner Arbeiterklasse in Widerspruch, sondern auch mit dem, was von jeder das Zentrum durch seinen hervorragenden Führer programmatisch in diesem Hause vertreten hat. (Hört, hört! h. d. Soz.) Aber auch theoretische Gegner des gleichen Wahlrechts können sich heute der Erkenntnis von der Notwendigkeit seiner Einführung nicht mehr verschließen, so z. B. der bekannte Professor Eber-Somlo.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Wahlrecht unabhängig von der Steuern sein soll, und daß es nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen eingeräumt werden muß. Der Krieg hat diese Forderungen glänzend gerechtfertigt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) England ist zum Frauenwahlrecht übergegangen, es weiß genau, daß es zum Wiederaufbau nach dem Krieg auf die Mitarbeit und Mithilfe der Frauen angewiesen ist. Auch Norwegen, Finnland, Holland und andre Staaten haben im Kriege das Frauenwahlrecht eingeführt. Im übrigen haben wir unsere grundsätzlichen Wahlrechtsforderungen wieder als Antrag eingebracht. Schließlich beantragen wir die Erreichung der Wahlrechtsbestimmung für Berlin, wonach für die Ortsansässigkeit in Berlin der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt. Durch diese Bestimmung würde viele Berliner Wähler ihres Wahlrechts beraubt werden.

Für den Fall der Abschaffung des gleichen Wahlrechts scheint die Regierung nicht an eine sofortige oder baldige Auflösung des Hauses zu denken. Der Ministerpräsident sprach von neuen Sicherungsanträgen. Aber entweder die Sicherungen sind so, daß ein großer Teil der Nationalliberalen oder Freikonserverativen ihnen zustimmt, dann müßte die Linie sich fragen, ob mit dem Kreise solcher Sicherungen das gleiche Wahlrecht nicht zu teuer bezahlt sei; oder die Sicherung genügt den Wahlrechtsgegnern doch nicht, dann würde alles zu bleiben wie bisher. Da eine Verhandlungsmöglichkeit nicht zu erblicken ist, hasten wir es für das Richtige, daß die Regierung in zweiter Lesung, wenn sie eine Mehrheit nicht findet,

das Haus auflöst.

Zeigt die Regierung, daß sie nicht mit sich handeln läßt, dann lehnt sie dem Volke den besten Dienst und so wird sie am ehesten die neue Wahlrechtsvorlage durchbringen.

Die Erklärungen, die der Redner vom Wahlkampf herwünscht, sie sind da. Beim Wahlkampf würden die Parteien in Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts zerfallen. Auf der einen Seite würde die ungeheure Zahl der Arbeiter, Tagelöhner, Beamten und Männer der Wissenschaft, auf der andern Seite die kleine Zahl der Agrarier und der Schwendensüchtigen stehen. Da müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht aus Anhängern des gleichen Wahlrechts zusammenschließen sollte. Die Feldgrauen sind von der Entscheidung auch ausgeschlossen, wenn wir nach Verdringung des Krieges zu neuen Wahlen schreiten, denn unter dem Dreiklassenwahlrecht würden alle Feldgrauen, da sie wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Abteilung geraten, also von Kriegsgewinnern und dergleichen überstimmt werden. Die Feldgrauen würden dann ebenbürtig zu reden haben wie jetzt; aber sie würden all denen Dank müssen, die mit uns für das gleiche Wahlrecht kämpfen, wenn wir es ihnen möglich machen, in ein Vaterland zurückzukommen, in dem sie sich wirklich heimisch fühlen können. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Freilich dürfte nicht durch die Militärdiktatur die Agitation für das gleiche Wahlrecht unmöglich gemacht werden, wie das immer wieder geschieht. (Hört, hört! links.) Wenn die unantastbaren Einflüsse aufhören, dann wird schon unter dem Dreiklassenwahlrecht eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu finden kommen. Nicht durch die Einführung, sondern durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde der Stagnationszustand geklärt werden. Das hat auch Dr. Friedberg erklärt. Die Gegner wollen mit Gewalt der Entwicklung Einhalt tun. Aber das gleiche Wahlrecht wird kommen, denn es muß sich durchsetzen als eine geschichtliche Notwendigkeit. Koch haben Sie es in der Hand zu entscheiden, ob die Entwicklung sich friedlich oder in anderer Weise vollziehen soll, die wohl keiner von uns wünscht, vollziehen wird. Es handelt sich nicht um eine preußische, sondern um eine deutsche Frage. Das „preußische Regiment“ ist mit einer Mission beauftragt, daß wir so wenig Freunde in der Welt haben. Und immer wieder werden uns der Rechten Neuperfungen in volchem Sinne gemacht, wie noch letzten Nov. v. Wagna, der erklärte, die Belgier können gar nicht genug Gott dafür danken, daß man endlich Ordnung in ihr verrottetes Land gebracht habe. Wir wollen nicht, daß dem Geiste gegen Preußen und gegen Deutschland neue Wahrung gegeben wird durch das Schicksal einer kleinen Klasse, die ihre Herrschaft nur noch einem überlebten Wahlrecht verdankt.

Die Schicksalsfrage Preußens hat geschlagen.

Das alte Preußen wird stürzen, aber ein neues, besseres Preußen soll aus seinen Trümmern entstehen. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern nicht graben werden. Bewahren Sie, daß die große Zeit kein kleines

Geschlecht finde. Lassen Sie die Gelegenheit, die sich jetzt für Sie bietet, nicht ungenutzt vorbeiziehen. (Bravo! h. d. Soz.)

Hbg. Ströbel (Unabh. Soz.):

Die Konserverativen wollen es offenbar auf die rücksichtsloseste Machtprobe, auf dem Kampf bis aufs Messer, mit dem Volke ankommen lassen, das ihnen wohl gut genug ist als Kanonensputzer, dem sie aber gleiche Bürgerrechte vorenthalten wollen. Dagegen wird das arbeitende Volk den schärfsten Kampf führen müssen, aber auch gegen die Regierung, die gestern schon erkennen ließ, daß sie mit sich reden lassen werde. Bei einer Auflösung des Hauses allerdings würden die Konserverativen nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren haben. Doch es hat nicht den Anschein, als ob die Regierung es darauf ankommen lassen will, die Rede des Ministerpräsidenten war eine einzige Einladung zum reaktionären Rußhandel auf Kosten der Volksrechte. Durch allerhand „Sicherungen“ will man das gleiche Wahlrecht wieder aufheben und das künftige Abgeordnetenhaus zu politischer Ohnmacht verurteilen. Von einem wirklich gleichen Wahlrecht kann bei der jetzigen Wahlkreisverteilung überhaupt keine Rede sein. Das Gesetz ist schon von vornherein mit einem großen Maße reaktionärer Bestimmungen behaftet. Wir fordern ein wirklich demokratisches Wahlrecht, die Herabsetzung des Wahlalters und das Frauenwahlrecht, wie es auch der Antrag Braun will. Mehr als zwei Millionen Wähler gehen nach der Fassung der Kommission'schen Beschlüsse des Wahlrechts verlustig. So danken Sie den Kriegsteilnehmern! Man vertraut eben auf die Langmütigkeit des deutschen Volkes, aber man täusche sich nicht über die Stimmung. Die Bestimmung über den Wohnsitz bedeutet eine neue Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts, eine Ausnahmebestimmung für die großen Massen der Arbeiter. Der Entwurf ist also lediglich eine

Vorspiegelung des gleichen Wahlrechts, vor allem auch durch die Vorenthaltung des Wahlrechts an die Frauen. Auch die Fortschrittler erweisen sich als lediglich platonische Freunde des Frauenwahlrechts. In England haben bereits 6 Millionen Frauen das Wahlrecht zum Parlament. Leider fordert die große Masse der Frauen bei uns durch ihre stumpfe Gleichgültigkeit in politischen Fragen die Nachpolitik der Rechten geradezu heraus. Das Pluralwahlrecht der Kommission läßt sich mit Vernunftgründen überhaupt nicht rechtfertigen. Aber die Absicht geht überall klar dahin, die großen Massen des Proletariats zu benachteiligen. Der Abgeordnete Girsch hat diese ganzen Bestimmungen und auch den Antrag Lohmann mit Recht eine Verhöhnung der Arbeiter genannt. Doch auch ohne diese Verschlechterung ist, wie gesagt, die Vorlage so undemokratisch, daß jeder wirkliche Freund der Demokratie die Vorlage ablehnen muß. (Bravo! h. d. Unabh. Soz.) Die Regierung hat ja selbst erklärt, daß, wenn diese Vorlage fällt, ein viel radikaleres Wahlrecht kommen wird. In der Tat: dann wird das Volk in der Heimat und im Felde sich eine bessere Wahlkreisform erzwingen. Das Volk wird sein Recht erobern, es ist ja gerade jetzt nicht wehrlos. Mögen auch die Regierungsjournalisten sich jetzt auf die Seite des Volkes stellen. Fürchten Sie sich nicht vor dem Vorwurf des „Landesverrats“. Das Volk weiß, wo die wahren Landesverräter am Volke sitzen. Der Wahlrechtskampf der Zukunft wird alle Vorkämpfer hinstrecken. (Leb's, Weib, h. d. Unabh. Soz.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Die Ernährungsaussichten.

Der Ernährungsausschuß des Reichstags nahm Mittwoch seine Beratungen wieder auf. Einleitend gab Staatssekretär v. Waldow einen allgemeinen Ueberblick über den Stand und die Aussichten unserer Ernährungsverhältnisse. Er wies darauf hin, daß wir die Protration nur aufrechterhalten können, wenn aus der Ukraine die in Aniak gebrachte Einfuhr tatsächlich erfolgt. Einige Transporte seien eingetroffen, man müsse abwarten, wie sich die Einfuhr weiter gestaltet. In der Kartoffelversorgung besteht die Hoffnung, daß wir auskommen. Wahrscheinlich werde man mit einer Herabsetzung der Gleichration rechnen müssen, sobald wir wieder mehr Getreide haben. Die Butterversorgung weise großen Rückgang auf und wir hätten eine Fettration von 70 Gramm nicht geben können, wenn nicht die Margarinfabrikation auf das Doppelte gestiegen wäre.

Bei der Vortragsrede tadelte Mähinger (Str.), daß die Protration nicht schon im Herbst vorigen Jahres herabgesetzt wurde. Geld (natl.) klagte über die Folgen der umfangreichen Viehabtchlachtungen; ungewöhnliche Anordnungen haben dazu geführt, daß die Magermilch nicht zur Auszucht der Ferkel benutzt werden konnte. Jetzt verwende man in der Provinz Hannover Eier und Butter zur Ferkelaufzucht. Vinder (Soz.) wies auf die hohen Ferkelpreise hin und verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen. Die Frühdrückprämien seien eine unberechtigte Zuwendung an die Landwirtschaft. Wurm (Unabh. Soz.) beiprachte den Schleichhandel, der unterdrückt werden müsse, aber man solle die Energie nicht gegenüber demjenigen entfallen, der sich vom Lande einige notwendige Nahrungsmittel hole.

Stuhbe (Soz.) befürchtete, daß die Kürzung der Protration nicht zu umgehen sei. Wie die Bevölkerung dies ertragen werde, sei schwer zu sagen. Redner kritisierte den Anflug, daß Offiziere große Mengen Lebensmittel aus den Stappengebieten heimzuschleppen lassen, um zahlreiche Familien reichlich zu versorgen. Die Soldaten müssen die Pakete der Offiziere, wenn sie in Urlaub gehen, mitschleppen, während sie selbst nichts erlangen können. Mit diesem Unflug müsse die Militärverwaltung endlich aufhören. Wenn in Hannover Eier und Butter an Schweine verfüttert werden, so sei das ein Verweis, daß die Kontrolle auf dem Lande ungenügend ist.

Notizen.

26 000 Tonnen. Anklia wird gemeldet: Im westlichen Mittelmeer vertankte neuerdings ein U-Boot, Domanbant Kapitänleutnant Alving, bei schwerem Wetter fünf Dampfer von zusammen etwa 26 000 Bruttoregistertonnen. Die Dampfer waren gestoppt, vier von ihnen tiefbeladen.

Eine Wahlkreisverteilung der Unabhängigen. Bei einer Stadtverordneten-Gruppenwahl in Eichenberg fanden sich zwei sozialdemokratische Kandidaten gegenüber, da die Unabhängigen das Recht hatten, das Mandat für sich zu erheben. Der Wahlkampf war ziemlich heftig. Gewählt wurde der von den Reichstagsjournalisten angeführte Gewerkschaftsbeamte Franz Schöffel mit 68 Stimmen. Der Kandidat der unabhängigen Sozialdemokraten, Franz Stimmung, erhielt nur 36 Stimmen.

Die Steuerberatung im Haushaltsausschuß des Reichstags drehte sich am Mittwoch um die Postgebühren. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Erhöhung der Postgebühren, die die Erhöhung der Postfreibeit der Fürsten und stellten einen entsprechenden Antrag. Ähnliche Anträge liegen auch von den Unabhängigen und den Fortschrittler vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Hbg. Ebert eine allgemeine Aussprache darüber gefordert, wie ein Teil der vorliegenden Steuern durch direkte Steuern ersetzt werden könnte. Gegen diesen Vorschlag wurde indessen das Bedenken geltend gemacht, daß sich erst die Fraktionen über konkrete Vorschläge verständigen müßten.

Das deutsch-französische Gefangenenaufkommen. Von deutscher Seite wird jetzt amtlich die schweizerische Meldung bestätigt, daß am 26. April in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über die Gefangenensfragen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt sind. Die Vereinbarungen sind nunmehr den beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt worden. Das wichtigste Ergebnis wird die Entlassung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener sein. Bei einer Mindestzahl der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen Kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden. An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befinden, kommen zurzeit etwa 2500 Offiziere und 120 000 Mann in Betracht. Selbstverständlich wird der Abtransport so großer Zahlen von Kriegsgefangenen viele Monate in Anspruch nehmen. Kriegsgefangene, die am 15. April 1918 in der Schweiz freigeschaltet interniert waren, werden, sofern sie vor dem 1. November 1916 in Feindeshand geraten sind, unverzüglich in die Heimat entlassen. Das zweite wesentliche Ergebnis der Berner Verhandlungen sind Bestimmungen über die Entlassung derjenigen Zivilpersonen, die zurzeit in einem der beiden Länder interniert sind, oder jemals während des Krieges interniert waren. Solche Personen können auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht das Land, in dem sie zurückgehalten werden, verlassen und an ihren früheren Wohnsitz zurückkehren.

Das Ende der deutsch-holländischen Spannungen? Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in den letzten Wochen zu einiger Spannung Anlaß gegeben haben, so weit fortgeschritten, daß eine für beide Parteien befriedigende Regelung erzielt wurde und eine Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Verchiebung der irischen Dienstpflicht. Es ist eine Verordnung des englischen Königs erschienen, durch die das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verschoben wird. „Daily News“ meldet dazu, daß die Regierung sich entschlossen hat, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie beurteilen kann, welchen Erfolg die Homerule-Bill haben wird. Die Regierung hofft, die Homerule-Bill nächste Woche einbringen zu können.

Ein neues englisches Sperrgebiet. Das holländische Auswärtige Amt teilt mit, daß die britische Admiralität die Sperrzone auf der Nordsee wieder ausgedehnt hat, und zwar auf der Höhe von 10 bis 12 Grad über die Nordsee nach den Orkney-Inseln. Hierdurch wird die Holland gekatete freie Fahrtrinne zwischen Dänemark und Selbstverruß erheblich beeinträchtigt oder vielleicht völlig unüberwindbar gemacht.

Sebastopol besetzt.

W. T. S. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. In den Schlachtfeldern ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmel-Beeges gesteigert. Auch zwischen Somme und Luce-Bach, bei Nordbiller, Luffign und Royon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gefechts-tätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden reger. Kleinere Verstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten.

Ukrain.

Vor Sebastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampfflos von uns besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Depechen.

Sturz der ukrainischen Regierung.

— Berlin, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Ukraine sind die alte Kaba und die bisherige Regierung von den in Kiew eingetroffenen Generaldeputierten gestürzt worden.

Die neue Regierung hat sofort erklärt, sich auf den Boden des Freies Friedens zu stellen.

Weiter wird berichtet, daß die in Kiew gefangen genommenen Personen aus der Haft entlassen sind. Die Verhaftung stand übrigens nicht mit der Staatsumwälzung im Zusammenhang. (Siehe heutigen Leitartikel. Red.)

Die Regierung zögert.

W. T. S. Berlin, 2. Mai. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Reichspräsident des Staatsministeriums Dethlefs Feiler, die Regierung werde ihre Stellungnahme erst bei der dritten Lesung kundgeben. Bis dahin sei eine Entscheidung noch möglich auf dem vom Ministerpräsidenten angebotenen Wege.

Die Fernbeschießung von Paris.

W. T. S. Paris, 2. Mai. (Gauze.) Das große Geschütz beschießt wieder die Gegend von Paris. Zwei Stunden wurden leicht verwundet.

Todesanzeige.
Am 30. April entschlief nach schwerem, langem Leiden meine liebe Frau, herzensgute Mutter und Schwester, unsere liebe Schwägerin und Tante, Frau
Friederike Genth
geb. Witte
im 47. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Magdeburg-Neustadt, den 1. Mai 1919.
Wilhelm Genth und Sohn.
Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 2 Uhr von der Kapelle des Neustädter Friedhofs aus statt. 3975

ANTON FUNKE
Breitweg 96 Gegründet 1879
1170 **Trauer-Hüte**
Schleier - Krepps - Flore
Handschuhe, Schürzen, Unterröcke.

Allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß nach langem, schwerem, mit großer Geduld getragenen Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treuherzige Mama, Tochter, Schwägerin und Tante
Meta Freiheit
geb. Witte
am 30. April nachmittags 3 Uhr im Alter von 25 Jahren 3 Monaten durch einen jähen Tod erlöst wurde.
In tiefer Trauer
Kurt Freiheit und Kinder
nebst allen Verwandten.
Die Beerdigung findet am Samstag den 4. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Kapelle des alten Eudenburg Friedhofs aus statt.

Hutblumen aller Art
Größe Auswahl Kleinen, Halbkränzen, Laufs, Einzelblüten.
G. Siebert, Karlstraße 4,
Ecke Brandenburger Straße. 1159
Für Wiederverkäufer u. Putzmacherinnen billigste Bezugsquelle.
Groß- und Kleinvorfahrt.
Dekorations- u. Kranzblumen, Kriegsbilderranken in jed. Größe.
Rechtsbureau Referendar a. D.
Lebegott, Große Mühlstraße 5, Neustadt und alle gerichtlichen Arbeiten in Rechts- und Stenerfachen.
Sprechzeit: 9-1, 3-5 Uhr.

Flüchtig und unermüdet erpicht wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater, meines Kindes treuherziger Vater, unser lieber Sohn, Schwägerjohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der
Ernst Bohm
in einem Infanterie-Regiment im blühenden Alter von 33 Jahren am 15. April bei einem Sturmgang durch den Kalkberg zum Opfer fiel. 391
Dies zeigen tiefbetrübt an
Magdeburg-S., den 2. Mai 1919
Mein lieber Sohn ist mein lieber Sohn.
Friedrich Bohm nicht Frau als Witwe.
Albert Bohm nicht Familie als Schwägerohn.
Johanna Bohm als Mutter (gest. in Staudenburg) nicht Familie.
Albert Bohm als Bruder (gest. in Halle) nicht Familie.
Hermann Wengert und Frau als Schwägerohn.
Ella Bohm als Schwester nicht Familie.
Johanna Wengert (gest. in Halle) und Frau als Schwägerohn.
Hilma Wengert als Schwägerohn.
Johanna Wengert nicht Familie.
Johanna Wengert (gest. in Schwanenfeld) nicht Familie.
Johanna Wengert als Tochter.
Mag. Bauer nicht Familie.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.

Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25
Flaschen mitbringen. 1150
Schillers Weinhandlung, Gr. Mühlstr. 11, Neustadt, Bürgerhof.
Sargfabrik Rich. Göthling
Magdeburg-Neustadt, Lübecker Straße 103
empfiehlt Särge von 90.00 Mark an 1158
Ständiges Lager zirka 60 Stüd

Flüchtig und unermüdet erpicht wir die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn, unser lieber Sohn, Onkel und lieber Schwägerohn, der
Franz Nobra
im blühenden Alter von 21 Jahren beim Sturz am 15. April, nachdem er 5 1/2 Jahre den Kalkberg erklimmt hat, gefallen ist. 393
Den trauernden Hinterbliebenen:
Paul Nobra nicht Frau als Witwe
und Kinder.
Hanna Nobra als Tochter
nicht allen Verwandten.
Gottlieb, Heinrich und unermüdet!

Flüchtig und unermüdet erpicht ich die traurige Nachricht, daß mein herzensguter und heißgeliebter, unermüdeter Mann, meines Kindes treuherziger Vater, unser lieber Sohn, Schwägerohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Sergeant in einem Infanterie-Regiment
Albert Spindler
Jahres des 6. Bataillon 2. Klasse, im blühenden Alter von 29 Jahren am 15. April beim Sturz am Kalkberg mit einem Knieverletzungsgrad bei der Beerdigung erlitten hat. 397
In tiefer Trauer:
Frau Anna Spindler geb. Schmidt.
Hilke als Tochter.
Friedrich Spindler und Frau als Eltern.
Schwägerohnemann u. Schwägerohnschwägerohn.
Helene, Emil, Elise, Frieda und Fritz als Schwägerohn.
Gottlieb Schindlermann, jetzt in Halle, als Schwager und Frau mit allen Angehörigen.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.

Flüchtig und unermüdet erpicht wir die tief erschütternde Nachricht, daß mein heißgeliebter Mann, unser lieber Sohn, Bruder, Schwägerohn, Schwager und Onkel, der
Franz Homann
Jahres des 6. Bataillon 2. Klasse, am 15. April im Alter von 21 Jahren beim Sturz am Kalkberg mit einem Knieverletzungsgrad erlitten hat. 394
Den trauernden Hinterbliebenen:
Hanna Homann geb. Kappel als Frau
Hilke Homann und Frau als Eltern
Hilke, Frieda als Schwägerohn
Johanna als Tochter.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.
Wer so geküßt wie ich im Leben
Hab ich nicht geküßt wie ich im Leben.

Zentralverband der Zimmerer
Zentrale Magdeburg und Umgebung.
1155
1155
Willi Simmann
im Alter von 30 Jahren.
Ein ehrliches Arbeiter bewirbt sich
Die Verwaltung.

Besteher
Nebenarbeitenverdienst
Verwaltung Magdeburg.
Rachruf.
Am 28. u. 29. April ist nach
Flüchtig, der Magdeburger
Gottlieb.
Stu. Richter
am 28. April 1919.
Gottlieb Richter.
Die Verwaltung findet am
Samstag den 4. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der
Kapelle des Neustädter
Friedhofs aus statt.
Die Verwaltung.

Besteher Transport-
arbeitenverdienst
Verwaltung Magdeburg.
Wer bringen können zur
Verwaltung, den 28. April
nach Magdeburg, zum
11. Gau.
Mein Freiheit
im Alter von 26 Jahren
nachdem er.
Gottlieb Freiheit.
Die Verwaltung.

Britt-Zentrale
G. m. b. H.
Ausgabestellen:
Bahnhof Sudenburg An der Bühne
Fernsprecher 5391
Elbbahnhof, Fürstenufer 24
Ende Fürstenuferstraße, gegenüber der Moonstraße
Fernsprecher 2304.
Direkt aus dem Waggon. 1254
Annahme von Bestellungen zur Lieferung auf Kohlenkarten.

1a. **Röbel-Ersatz**, fettlos,
in Barrels sofort abzugeben
A. Saenger, Franckestr. 7, pt. I.
Fernsprecher 7663 u. 4278.
Deutscher Schäferhund
3 Monate alt, zu verkaufen
A. Saenger, Franckestr. 7
Fernsprecher 7663 u. 4278.

Kräftige Arbeiterinnen
stellt ein
Franz Wolf G. m. b. H., Färberei u. chemische Waschanstalt
W.-Sudenburg, Gelmerstraße 24

Arbeitsmarkt
Ein Mädchen
per sofort gesucht 3977
Café Bekend, Sudenburg.
Ein Mädchen für kleinen
Haushalt
(drei Pers.) zum 1. Juni gesucht.
Frische, Gr. Marktstr. 13, II.
Suche zum 1. Juli für hiesigen
Papierhaushalt ein zuverlässiges
Mädchen od. ein. Stütze
zu erfragen bei Müller, Fried-
richstadt, Brühlstraße 9.

Geübte Maschinenstopferinnen
3956 gesucht Rogätzter Straße 11, Hof lks.
Heim- und Werkstattarbeiterinnen
für Zellbahnen finden Beschäftigung durch die Zentrale für
Kriegsarbeit, Hauptwache 1/6, Zimmer 26. Sprechstunden
von 1/10 bis 1/11 Uhr.

Aufwartefrau
für 3 Stunden vormittags gesucht
Krause, Gr. Klosterstraße 8, II.
Schulentlassenes Mädchen
für einige Vormittagstunden
gesucht. Rob. Brüggemann,
Lübecker Straße 37. 3935

Böttcher gesucht.
Für dringende Heeresaufträge wird eine
grössere Anzahl Böttcher eiligst gesucht.
Gemüsekonserve-Kriegsgesellschaft
m. b. H., Abt. Bohnenzentrale,
195
Eraunschweig.

Zuarbeiterinnen
für Blasen und Röcke.
Römer & Pien.
Tüchtiger Polsterer
gesucht. Stellung dauernd. 3935
Emil Krause, Stendal. 964

Tüchtiger Arbeiter
für dauernde Arbeit, auch einige
Arbeitsburschen und Mädchen
gesucht.
Zichorienfabrik Robert Brandt
Halberstädter Straße 43.

Maurer,
Bauarbeiter,
Arbeitsburschen
sofort gesucht. 1121
Karl Klepp, Langenhain,
Magdeburg-Südost.

Mehrere
Zuschläger
für unsere Schmiede gesucht.
Hermann Laass & Co.
Maschinenfabrik und Eisengießerei
Magdeburg-Neustadt.

Bootsmann
für Hansboot
einf. Kriegsbekleidungs
1156 gesucht
G. Fleckhauer
Königsstraße 58.

Erdarbeiter, Hilfsarbeiter, Schachtmeister
mit Kol. von 25 bis 35 Mann sofort gesucht von
B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden.
Gutträger, Zentrifugenarbeiter sowie
sonstige Arbeiter (auch Uelauer)
stellt ein
E. C. Helle, Zuckerraffinerie
Halberstädter Straße 15.

Lagerarbeiter
suchen nach für 1906
Ferd. Hermann Langenhain

Zuverlässiger Rutscher
mit guten Zeugnissen gesucht.
Paul Siebert, Expedition, Altes Fürstenufer 32/33
Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter
stellt ein
Heinrich Gose, Augustastraße 40.

Kräftiger
Arbeitsbursche
sofort gesucht. 1254
G. Fleckhauer
Königsstraße 58.

Maurer, Erd- u. Bauarbeiter
1160 für Wilhelmstadt und Neustadt gesucht
Gustav Stieger, Agnetenstr. 11/12
Erdarbeiter
werden eingestellt bei der Kabelleger in Suden.
Maurer u. Erdarbeiter
stellt ein. 1155
F. Müller, Schützenstraße 1

Maurer, Bau-, Erd- und Gleisarbeiter
für hiesige Baupläne sofort gesucht. 3934
Blume & König, am Fuchsberg

Die sozialpolitischen Gesetze.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung.

Berlin, 1. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Hr. v. Stein, Scheich.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betr.

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Hr. v. Stein (Münch.): Bei der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweifellos bedeutet dieser Paragraph ein Ausnahmengesetz, das unbedingt fallen muß. Während Unternehmer nach diesem Paragraphen nur sehr selten in Strafe genommen worden sind, sind Arbeiter in Tausenden von Fällen sehr hart bestraft worden. Allerdings bedarf das Koalitionsrecht nicht nur der hier vorgesehenen negativen, sondern auch einer positiven Regelung. Dem eingebrachten Entwurf stimmen wir ohne Ausschußberatung zu.

Hr. Ebert (Soz.):

Dieser § 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmengesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genügend wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt ganz unumwunden jetzt auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen so vieldeutigen und gefährlichen Charakter, daß selbst bei den harmlosesten Zusammenstößen in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt worden ist. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu ins Gesicht geschlagen. Kein Wunder, daß seine Handhabung zu einer ständigen Quelle tiefer Erbitterung für die Arbeiter werden muß. Alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ohne jede Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Beurteilung dieses Paragraphen überein. Seine Handhabung bildet ein recht düsteres Kapitel, das bei der innerpolitischen Entwicklung des Reiches eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und hoffentlich mit dem heutigen Tage seinen Abschluß findet. Wir erkennen keineswegs, daß auch nach der Annahme der Vorlage noch ernste Gefahren für die Ausübung des Koalitionsrechts bestehen. Sind doch Arbeiter, die im wirtschaftlichen Lagekampf lebhaft die Interessen ihrer Kameraden vertreten, auf Grund des Erpreßungsparagraphen zu

Schweren Gefängnisstrafen

verurteilt worden. Auch ist mit der Annahme der Vorlage leider noch nicht allen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert. Der Gesetzgebung bleibt hier noch eine große und dringende Aufgabe, doch wäre es verfehlt, die heutige Vorlage damit zu belassen. Sie bildet einen erfreulichen Fortschritt, und diesen gilt es zunächst sicherzustellen. Wir sind deshalb mit der glatten Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden und werden der Vorlage zustimmen. (Bravo! h. d. Soz.)

Hr. Döbe (Fortf. Sp.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Liberalismus hat seinerzeit den Anstoß dazu gegeben, statt der Einzelverträge Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu schaffen. Hier liegt eine Ausnahmestimmung vor, die beseitigt werden muß. Auch andre Bestimmungen könnten noch als Ausnahmestimmung angesehen werden, doch begnügen wir uns heute mit der Zustimmung zu dieser Vorlage.

Hr. Dr. Jund (natl.): Eine Minderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionsberatung zu.

Hr. Schiele (Soz.): Es handelt sich hier nicht nur um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Fällt der § 153 der Gewerbeordnung, so werden die wirtschaftlichen Kämpfe noch eine größere Erbitterung annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmengesetz sprechen, sondern der Paragraph soll

Schutz gegen den Terrorismus der Streikenden geben. Wir können seine Aufhebung daher nicht billigen. (Beif. h. d. Natl.)

Hr. Behrens (D. Frakt.): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihrer einmütigen Forderung muß man also Rechnung tragen.

Hr. Jaedel (Unabh. Soz.): Auch meine politischen Freunde begrüßen die Regierungsvorlage und erblicken in ihr einen Fortschritt. Gerade der Hr. Schiele ist am wenigsten befugt, über Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den schlimmsten Terrorismus gegen nicht willige Unternehmer ausgeübt haben. Auch nach dem Fallen dieses Paragraphen wird die Ausnahmebehandlung der Arbeiter bleiben, solange der Streik als ein Verbrechen angesehen wird. Sollen solche Konzessionen wie die Vorlage nicht nur als Maßnahmen der Kriegsnot gewertet werden, die die Arbeiter mit der Kriegsnot ausöhnen sollen, so müssen Sie dafür sorgen, daß ein neuer Geist in die Regierung einzieht. (Beif. h. d. Unabh. Soz.)

Hr. Nowicki (Pole) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt: Hr. v. Stein: Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den uns die Feinde für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das ernstlichste androhen, zusammenhalten. Eins der wichtigsten Probleme ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Millionen, die den Waffenkrieg auszuheben und den Arbeitsmittel angezogen müssen, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiederfinden. Daß dann keine schweren Erschütterungen einreten, muß eine unserer Hauptaufgaben sein, und dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Auf dem Gebiete der Regelung des Arbeitsverhältnisses bietet sich der einschlägigen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein weites Feld der Tätigkeit. Ein dauerndes Zusammenarbeiten ist aber nur denkbar bei genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, und deshalb halten wir an dem sachlichen Aufbau der Arbeitskammern fest. Auch die Bedeutung gegen die Einbeziehung der Arbeiter in das Gesetz, die bei der Vorlage von 1911 bestanden, glaubte die Regierung jetzt zurückstellen zu sollen. Das Gesetz soll die nach dem Kriege kommende Entwicklung fördern und schwere Erschütterungen verhüten.

Hr. Schiffer (Fortf. Sp.): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage ernstlich zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder sachliche Grundlage haben soll. Weiter wären besondere Arbeiterabteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammern würde dann erheblich größer sein. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Hr. Legien (Soz.):

Die Vorlage ist besetzt von dem Geiste, den wir in der Arbeitergesetzgebung stets hatten, nämlich dem Geiste des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen berücksichtigen sollen. Als der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt, Schöbner, aus seinem Amte schied, erklärte er unserem Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten sozialen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Bisher haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Hört, hört! h. d. Soz.) Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vor-

gelegen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben seinerzeit einen eingehenden Arbeitskammergesetzentwurf ausgearbeitet. Die dort niedergelegten Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf aber übergegangen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu zeigen, daß sie für die Arbeiter

nicht nur Worte, sondern auch Taten

hat. Aber trotz der vier Kriegsjahre zeigt sich in dem Entwurf ein kleinlicher Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Deutlich zeigt sich das bei der Bestimmung über die Einbeziehung der Eisenbahnbetriebe. Im Entwurf von 1910 waren nach dem Beschluß des Reichstags nur die Fabriken und Werkstätten einbezogen. Jetzt ist in der Vorlage statt des Wortes „Arbeitnehmer“ durchweg das Wort „Arbeiter“ gesetzt. Die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter hat also nur die unwesentliche Bedeutung, daß nur die Streckenarbeiter einbezogen werden. Dazu aber wird für die Eisenbahnarbeiter ein Ausnahmerecht geschaffen, denn sie sollen nur durch den Arbeiterausschuß in indirektem Verfahren Mitglieder zur Arbeitskammer wählen. Das gleiche Ausnahmerecht könnte jeder volkswirtschaftlich wichtige Großbetrieb mit denselben Rechten wie die Eisenbahn verlangen. Dann wird nach der Vorlage gemacht, in dieses Gesetz ein kleines Streikverbot für die Eisenbahner und Postbeamten hineinzubringen, denn im § 45 Abs. 2 heißt es in einem Nebenatz, daß in diesen Betrieben weder eine Betriebseinstellung noch eine Arbeitsniederlegung zulässig ist. In der Weise läßt sich diese unrichtige Frage nicht lösen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Regierung hält an der beabsichtigten Gliederung der Arbeitskammern fest. Für ihre beabsichtigte Vertretung bedürfen die Arbeiter der Arbeitskammern nicht, aber alle die Berufsgruppen, in denen starke Organisationen nicht vorhanden sind, werden dadurch von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1866 wolle die preussische Regierung das Koalitionsverbot für Landarbeiter aufheben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf

schließt die Landarbeiter aus,

wir müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einbeziehen. (Sehr richtig!) Der Aufbau dieses Gesetzes hätte der Regierung Gelegenheit zu einem einheitlichen Aufbau der gesamten Vertretungen der Arbeiterschaft geben können. In der Kommission werden wir bemüht sein, einen solchen einheitlichen Aufbau herbeizuführen. Injetzt Würfen entspricht der Entwurf nicht im entferntesten. Die Kommission wird gründliche Arbeit machen müssen. Wenn der Arbeiterausschuß nicht sehr schwere Enttäuschung bereitet werden soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern in seinen Grundzügen umgestaltet werden müssen. (Beif. h. d. Soz.)

Hr. Weinhausen (Fortf. Sp.): Der Vorredner hat nur Schattenseiten in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zu geben. Und deswegen begrüßen wir ihn mit Freuden. Zu behauern ist, daß die Landarbeiter von ihm ausgeschlossen sind. In der Kommission werden wir uns bemühen, diesem Mangel abzuhelfen.

Hr. Jaller (natl.) bedauert die Ausnahmestimmungen für die Eisenbahnarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Hr. Dr. Wildgrube (Lnt.) bejammert, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern starke Interessengegenstände bestehen müssen und verlangt die Aufrechterhaltung des § 153.

Hr. Behrens (Deutsche Fraktion) tritt für die Einbeziehung der Landarbeiter in das Gesetz ein; andernfalls müßte der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr. —

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fritz Rißel.

(44. Fortsetzung.)

(Katholik verboten.)

Der charakteristische Kopf Christoph Bergers hob sich scharf von dem durch das offene Fenster hereinfallenden Sonnenlicht ab. In diesen ernsten, wohlwollenden Zügen war keine Linie zu finden, die darauf hindeutete, daß dieser Mann noch irgendeine menschliche Leidenschaft bewege; da hätte alles so ruhig, so abgeklärt, — und doch meinte Georg in dem Anblick des Vaters, als dieser bei seinem Eintreten wie verbundert aufschaute, einen leisen Schimmer von Verhängnis zu gewahren. Als Georg jedoch erklärte, daß er den Vater in einer wichtigen Angelegenheit sprechen müsse, da nickte dieser wie beiruhigt und sagte leise:

„Ich hab druff gewart, Schorsch, denn ich hab die ganze Zeit geseh, daß Du etwas uff dem Herze host! Froge hab ich Dich nit wolle, aber ordentlich laad hot mir's getan, daß Du Dich Deim Vatter nit anvertraue kanst!“

„Tragt mir's nit noch, Vatter! Ich wollt's allaans mit mir abmache. Weil Euch die Gewächst am nächste angeht, hab ich gemeant, ich müßt Euch die Sorge spare. Zur rechte Zeit noch — erst vor erer Stund — is mir's klar worn, daß ich uff dem unrichtige Weg gewese bin — Ihr müßt alles wisse!“

Bestremdet schaute Christoph Berger den Sohn an und erhob sich langsam von seinem Stuhle.

„Etwas, was mich am nächste angeht? Host Du nit so gefagt, Schorsch? Do bin ich doch neugierig!“

„Vatter, ich muß übermorge vor Gericht un soll schwören, die reine Wahrheit zu sage, nit hinzuehe, nit verschweige, so wahr mir Gott helf — des wirt Ihr!“

„Ja aber Schorsch — host Du dann nit die reine Wahrheit gefagt, wie Du vernomme bist worn?“ fragte der Alte erschrockt.

„Die hab ich gefagt, Vatter — aber ich hab verschwiege, daß ich dem Giffenauers Louis drowe im Wald, gleich noch dem es dreimal geschosse hatt, beegend hin!“

„Du bist dem Louis beegend un host's verschwiege?“

„Ich wollt ihn nit noch tiefer ins Unglück bringe, als wie er drin is. Un dann, Vatter — dem Louis sei Mutter hot mich rufe losse, hot mir en alte Brief gezeigt von der Lante Zette — doarin steht, daß sie die Miese domols nit an Euch verkaaft hatt —“

„Un hot Dir mit dem Brief gedroht, wenn Du vor Gericht etwas davon sage täst, daß Du dem Louis beegend bist?“ unterbroch ihn der Vater hastig. „Is es nit so? Un Du, Schorsch, Du host gelaabt, daß — — des is hart!“

Wie ein Hauch waren die letzten Worte von Christoph Bergers Lippen gefommen. Lotenslaß war sein Anblick geworden und ein unendlich trauriger Ausdruck lag in dem Blicke, den er jetzt fragend auf den Sohn bestete.

„Ihr tut mir unrecht, Vatter!“ rief Georg erschrockt, indem er betuerend die Hand auf die Brust legte. „Nix hab ich gelaabt — als wie des, daß es nit wahr is, was die alt Zette in dem Brief geschrieme hot. Aber Vatter — sollt ich's druff ankomme losse, daß die alt Gschicht wider uffgerührt werd? Daß die Leit Euern ehrliche Name wider in de Mäuler herumzerre! Ich waag jo, was Ihr ausgestanne habt Euer ganz Leue lang, ich waag, was Euch die Zeit nachsage — der alt Anton hot mir alles verzählt. Daß ich nit dran glaab, des is zu wenig gefagt — die Hand leh ich desor ins Feuer, de heiligste Eid schwör ich do druff, daß Ihr nit in Euern Leue getan habt, was Euch des Gewisse drückt. Do sag ich ruhig: so wahr mir Gott helf — mein Vatter is unschuldig!“

Mit aufleuchtenden Augen hatte Christoph Berger den Worten des Sohnes zugehört. Doch schen er von demselben nicht ganz befriedigt, denn in seinem leisen Kopfschütteln prägte sich etwas wie leichtes Mißfallen aus und wie Vorwurf klang es aus seiner Stimme, als er jetzt sagte:

„Aber Schorsch — do host Du so e schwer Emd uff Dich laade wolle, daß kaan falscher Schein uff mich fällt?“

„Nit nur deswege hab ich nit gewußt, was ich tun sollt, Vatter! Noch etwas ameres war's, was mir im Kopf eruan is gonne — Lag un Rogt. Warum soll ich's Erz-

nit berroke, Vatter? ... Des Giffenauers Walche hot mir's angetan! Mei Leue gib ich for des Mädche — un jetzt soll ich hingehn un soll dem Mädche sein Bruder ins Unglück bringe?“

„Um Gottes wille, Schorsch — Du werst doch nit im Ernst an die Tochter von dene Leit denke. die mir un Deiner Mutter im Leue so viel Böjes angetan have?“ unterbroch Christoph Berger erschrockt den Sohn. „Do könnt kaan Sege druff siege — aach, wenn Du's bei de Alte dorahsehe täst! Des Unglück war's, wie's aach meins gewese war, wenn ich domols dem Walche sei Mutter gefreit hätt! Art löst nit von Art! Unser Herrgott behüt Dich vor erer Fraa, die wo kaan annern Wille kennt, als wie ihn eigene!“

„Vatter, Ihr kennt des Mädche nit, wie ich's kenn! Des Mädche allaans is schuld dran, daß ich uff de rechte Weg komme bin — daß ich übermorge vor Gericht alles sag, was ich tothweige wollt! Rog ihr Mutter sein wie sie wüll — des Mädche geht kaan krumme Weg! Dem Mädche hab ich's zu danke, daß ich kaan falsche Eid schwör!“

„Dem Mädche host Du's zu danke?“ fragte erkant der Vater. „Ja, wie war dann des?“

„Wie die Fraa Giffenauer dehinner is komme, daß ich ihr Mädche geen hab — ich waag es nit! Aber sie hot mir Klipp und klar versproche, daß des Mädche mei Fraa werd, wenn ich vor Gericht nit sage tät, daß ich dem Louis im Wald beegend bin!“

„Des sieht ihr ähnlich, der Vinal!“ warf Christoph Berger bitter ein. „Iam (einem) de Brei ums Maul eruan zu klammern — des versteht siel No, un weiter!“

„Vor erer Stund do bin ich dem Mädche selbst drome in der Silberbach beegend. Es war kaan Zufall — sie hot mich abgepaßt! Aus Angst bevor, daß ich den Eid leiste täst, wie mir's ihr Mutter zugemut hot, war sie komme. Un beschwore hot sie mich, nur die Wahrheit zu sage, wenn auch ihr Bruder ins Unglück kam. Un warum hot sie des getan? Weil sie mich grad so gern hot, wie ich sie — weil sie nit leide wollt, daß ich mir mein ganges Leue lang en Vorwurf zu mache hätt. Wenn aach die Freundschaft zwischen uns-

Die sozialpolitischen Gesetze.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung.

Berlin, 1. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Stein, Scheich.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betr.

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Abg. Becker (Hansberg, Zlr.): Bei der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweifellos bedeutet dieser Paragraph ein Ausnahmengesetz, das unbedingt fallen muß. Während Unternehmer nach diesem Paragraphen nur sehr selten in Strafe genommen worden sind, sind Arbeiter in Tausenden von Fällen sehr hart bestraft worden. Allerdings bedarf das Koalitionsrecht nicht nur der hier vorgesehenen negativen, sondern auch einer positiven Regelung. Dem eingebrachten Entwurf stimmen wir ohne Ausschüßberatung zu.

Abg. Ebert (Soz.):

Dieser § 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmengesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genügend wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt dem Paragraphen auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen so vieldeutigen und gefässigen Charakter, daß selbst bei den harmlosesten Zusammenstößen in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt worden ist. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu ins Gesicht geschlagen. Kein Wunder, daß seine Handhabung zu einer ständigen Quelle tieferer Erbitterung für die Arbeiter werden muß. Alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ohne jede Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Verurteilung dieses Paragraphen überein. Seine Handhabung bildet ein recht düsteres Kapitel, das bei der innerpolitischen Entwicklung des Reiches eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und hoffentlich mit dem heutigen Tage seinen Abschluß findet. Wir verkennen keineswegs, daß auch nach der Annahme der Vorlage noch ernste Gefahren für die Ausübung des Koalitionsrechts bestehen. Sind doch Arbeiter, die im wirtschaftlichen Lagekampf lediglich die Interessen ihrer Kameraden vertreten, auf Grund des Erpressungsparagraphen zu

schweren Gefängnisstrafen

verurteilt worden. Auch ist mit der Annahme der Vorlage leider noch nicht allen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert. Der Gesetzgebung bleibt hier noch eine große und dringende Aufgabe, doch wäre es bezeichnend, die heutige Vorlage damit zu bekräften. Sie bildet einen erfreulichen Fortschritt, und diesen gilt es zunächst sicherzustellen. Wir sind deshalb mit der glatten Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden und werden der Vorlage zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dove (Fortchr. Sp.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Liberalismus hat seinerzeit den Anstoß dazu gegeben, statt der Einzelverträge Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu schaffen. Hier liegt eine Ausnahmestimmung vor, die beseitigt werden muß. Auch andere Bestimmungen könnten nach als Ausnahmestimmung angesehen werden, doch begnügen wir uns heute mit der Zustimmung zu dieser Vorlage.

Abg. Dr. Jund (natl.): Eine Minderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionsberatung zu.

Abg. Schiele (konf.): Es handelt sich hier nicht nur um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Fällt der § 153 der Gewerbeordnung, so werden die wirtschaftlichen Kämpfe noch eine größere Erbitterung annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmengesetz sprechen, sondern der Paragraph soll

Schutz gegen den Terrorismus der Streitenden geben. Wir können keine Aufhebung daher nicht billigen. (Beif. b. d. Konf.)

Abg. Behrens (D. Frakt.): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihrer einmütigen Forderung muß man also Rechnung tragen.

Abg. Jandl (Unabh. Soz.): Auch meine politischen Freunde begrüßen die Regierungsvorlage und erblicken in ihr einen Fortschritt. Gerade der Abg. Schiele ist am wenigsten befugt, über Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den schlimmsten Terrorismus gegen nicht willige Unternehmer ausgeübt haben. Auch nach dem Fall dieses Paragraphen wird die Ausnahmebehandlung der Arbeiter bleiben, solange der Streik als ein Verbrechen angesehen wird. Sollen solche Konzeptionen wie die Vorlage nicht nur als Maßnahmen der Kriegszeit gewertet werden, die die Arbeiter mit der Kriegszeit ausführen sollen, so müssen Sie dafür sorgen, daß ein neuer Geist in die Regierung einzieht. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Romiecki (Pole) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Frhr. v. Stein: Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den uns die Feinde für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das ernstlichste androhen, zusammenhalten. Eins der wichtigsten Probleme ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Millionen, die den Waffenrock ausziehen und den Arbeitsmittel entziehen müssen, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiederfinden. Daß dann keine schweren Erschütterungen einreten, muß eine unserer Hauptaufgaben sein, und dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Auf dem Gebiete der Regelung des Arbeitsverhältnisses bietet sich der einseitigen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein weites Feld der Tätigkeit. Ein dauernder Zusammenarbeiten ist aber nur denkbar bei genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, und deshalb halten wir an dem sachlichen Aufbau der Arbeitskammern fest. Auch die Bedenken gegen die Einbeziehung der Arbeiter in das Gesetz, die bei der Vorlage von 1911 bestanden, glaubte die Regierung jetzt zurückstellen zu sollen. Das Gesetz soll die nach dem Kriege kommende Entwicklung fördern und schwere Erschütterungen verhüten.

Abg. Schiffer (Worzen, Zlr.): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage erörtert zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder fachliche Grundlage haben soll. Weiter wären besondere Arbeiterabteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammer würde dann erheblich größer sein. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Abg. Legien (Soz.):

Die Vorlage ist bezeugt von dem Geiste, den wir in der Arbeitergesetzgebung stets hatten, nämlich dem Geiste des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen berücksichtigen sollen. Als der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Schwander, aus seinem Amte schied, erklärte er unsern Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten sozialen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Dieser haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vor-

gelegen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben seinerzeit einen eingehenden Arbeitskammergesetzentwurf ausgearbeitet. Die dort niedergelegten Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf aber übergegangen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu zeigen, daß sie für die Arbeiter

nicht nur Worte, sondern auch Taten

hat. Wer trotz der vier Kriegsjahre zeigt sich in dem Entwurf ein heimlicher Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Deutlich zeigt sich das bei der Bestimmung über die Einbeziehung der Eisenbahnbetriebe. Im Entwurf von 1910 waren nach dem Beschluß des Reichstags nur die Fabriken und Werkstätten einbezogen. Jetzt ist in der Vorlage statt des Wortes „Arbeitnehmer“ durchweg das Wort „Arbeiter“ gesetzt. Die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter hat also nur die unwesentliche Bedeutung, daß nur die Streckenarbeiter hinzukommen. Dazu aber wird für die Eisenbahnarbeiter ein Ausnahmerecht geschaffen, denn sie sollen nur durch den Arbeiterausschuß in indirektem Verfahren Mitglieder zur Arbeitskammer wählen. Das gleiche Ausnahmerecht könnte jeder volkswirtschaftlich wichtige Großbetrieb mit demselben Rechte wie die Eisenbahn verlangen. Dann wird noch der Versuch gemacht, in dieses Gesetz ein kleines Streikverbot für die Eisenbahner und Postbeamten hineinzubringen, denn im § 45 Abs. 2 heißt es in einem Nebenabsatz, daß in diesen Betrieben weder eine Betriebs Einstellung noch eine Arbeitsniederlegung zulässig ist. In der Weise läßt sich diese unrichtige Frage nicht lösen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung hält an der beruflichen Gliederung der Arbeitskammern fest. Für ihre berufliche Vertretung bedürfen die Arbeiter der Arbeitskammern nicht, aber alle die Berufsgruppen, in denen starke Organisationen nicht vorhanden sind, werden dadurch von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1888 wollte die preussische Regierung das Koalitionsverbot für Landarbeiter aufheben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf

schließt die Landarbeiter aus,

wir müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einbeziehen. (Sehr richtig!) Der Aufbau dieses Gesetzes hätte der Regierung Gelegenheit zu einem einheitlichen Aufbau der gesamten Vertretungen der Arbeiterschaft geben können. In der Kommission werden wir bemüht sein, einen solchen einheitlichen Aufbau herbeizuführen. Unsere Wünsche entsprechen der Entwurf nicht im entferntesten. Die Kommission wird gründliche Arbeit machen müssen. Wenn der Arbeiterschaft nicht sehr schwere Enttäuschung bereitet werden soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern in seinen Grundzügen umgestaltet werden müssen. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Weinhausen (Fortchr. Sp.): Der Korredner hat nur Schattenseiten in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zu geben. Und deswegen begrüßen wir ihn mit Freuden. Zu bedauern ist, daß die Landarbeiter von ihm ausgeschlossen sind. In der Kommission werden wir uns bemühen, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. Jeller (natl.) bedauert die Ausnahmebestimmungen für die Eisenbahnarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Abg. Dr. Widgrube (konf.) befreitet, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern starke Interessengegenstände bestehen müssen und verlangt die Aufrechterhaltung des § 153.

Abg. Behrens (Deutsche Fraktion) tritt für die Einbeziehung der Landarbeiter in das Gesetz ein; andernfalls müßte der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr. —

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Laumus von Frh. Nibel.

(44. Fortsetzung.)

(Redaktor verboten.)

Der charakteristische Kopf Christoph Bergers hob sich über dem durch das offene Fenster hereinfallenden Sonnenlicht ab. In diesen ernsten, wohlwollenden Zügen war keine Linie zu finden, die darauf hindeutete, daß dieser Mann noch irgendeine menschliche Leidenschaft bewege; da schien alles so ruhig, so abgeklärt, — und doch meinte Georg in dem Antlitz des Vaters, als dieser bei seinem Eintreten wie verwundert aufschaute, einen leisen Schimmer von Verborgnis zu gewahren. Als Georg jedoch erklärte, daß er den Vater in einer wichtigen Angelegenheit sprechen müsse, da nickte dieser wie befriedigt und sagte leise:

„Ich hab druff gewart, Schorsch, denn ich hab die ganze Zeit gesehe, daß Du etwas uff dem Gerze host! Froge hab ich Dich nit wolle, aber ordentlich laad hot mir's getan, daß Du Dich Deim Vatter nit anvertraue kannst!“

„Tragt mir's nit noch, Vatter! Ich wollt's allsaans mit mir abmaden. Weil Euch die Gewissheit am nächste angeht, hab ich gemaant, ich müßt Euch die Sorge ipare. Zur rechte Zeit noch — erst vor erer Stund — is mir's klar worn, daß ich uff dem unrichtige Weg gewese bin — Ihr müßt alles wisse!“

Verstehend schaute Christoph Berger den Sohn an und erhob sich langsam von seinem Stuhle.

„Etwas, was mich am nächste angeht? Host Du nit so gefogt, Schorsch? Do bin ich doch neugierig!“

„Vatter, ich muß übermorge vor Gericht un soll schwören, die reine Wahrheit zu sage, nit hinzusetze, nit verschweige, so wahr mir Gott helf — des wirt Ihr!“

„Ja aber Schorsch — host Du dann nit die reine Wahrheit gefogt, wie Du vernomme bist worn?“ fragte der Alte erschreckt.

„Die hab ich gefogt, Vatter — aber ich hab verschwiege, daß ich dem Sissenauers Louis drowe im Wald, gleich noochdem es dreimal geschosse hatt, beegend bist!“

„Du bist dem Louis beegend un host's verschwiege?“

„Ich wollt ihn nit noch tiefer ins Unglück bringe, als wie er drin is. Un dann, Vatter — dem Louis sei Mutter hot mich rufe losse, hot mir en alte Brief gezeigt von der Lante Zette — dodrin steht, daß sie die Wieje domols nit an Euch verkaaft hatt —“

„Un hot Dir mit dem Brief gedroht, wenn Du vor Gericht etwas davon sage iäst, daß Du dem Louis beegend bist?“ unterbrach ihn der Vater hostig. „Is es nit so? Un Du, Schorsch, Du host geglaubt, daß — — des is hart!“

Wie ein Hauch waren die letzten Worte von Christoph Bergers Lippen gekommen. Lotenblau war sein Antlitz geworden und ein unendlich trauriger Ausdruck lag in dem Blicke, den er jetzt fragend auf den Sohn heftete.

„Ihr tut mir unrecht, Vatter!“ rief Georg erschüttert, indem er betuernd die Hand auf die Brust legte. „Riz hab ich geglaubt — als wie des, daß es nit wahr is, was die alt Zette in dem Brief geschriewe hot. Awer Vatter — jollt ich's druff ankomme losse, daß die alt Gewissheit widder uffgerührt werd? Daß die Leit Euern ehrliche Name widder in de Mäuler herumzerre! Ich waach so, was Ihr angeflamme habt Euer ganz Lewe lang, ich waach, was Euch die Leit nochfrage — der alt Anton hot mir alles verzählt. Daß ich nit dran glaab, des is zu wenig gefogt — die Hand leh ich defor ins Feuer, de heiligste Eid schwör ich dodruff, daß Ihr nit in Euern Lewe getan habt, was Euch des Gewisse drückt. Do sag ich ruhig: so wahr mir Gott helf — mein Vatter is ungeschuldig!“

Mit ausleuchtenden Augen hatte Christoph Berger den Worten des Sohnes zugehört. Dennoch schien er von denselben nicht ganz befriedigt, denn in seinem leisen Kopfschütteln prägte sich etwas wie leichtes Mißfallen aus und wie Wortwurf klang es aus seiner Stimme, als er jetzt sagte:

„Awer Schorsch — do host Du so e schwer Sünd uff Dich laade wolle, daß kaan falscher Schein uff mich fallt?“

Mit nur bestwege hab ich nit gewußt, was ich tun sollt, Vatter! Noch etwas onneres war's, was wir im Stopp erum is game — Log un Vogt, Warum soll ich's Euch

nit verroke, Vatter? . . . Des Sissenauers Malche hot mir's angetan! Mei Lewe gab ich for des Mädche — un jetzt soll ich hingehn un soll dem Mädche sein Bruder ins Unglück bringe?“

„Um Gottes wille, Schorsch — Du werst doch nit im Ernst an die Tochter von dene Leit denke, die mir un Deiner Mutter im Lewe so viel Böjes angetan hatre?“ unterbrach Christoph Berger erschreckt den Sohn. „Do könnt kaan Sege druff klege — aach, wenn Du's bei de Alte dorchsieks iäst! Def Unglück war's, wie's aach meins gewese war, wenn ich domols dem Malche sei Mutter gefreit hätt! Krit löst nit von Art! Unser Herrgott behüt Dich vor erer Graa, die wo kaan annern Wille kennt, als wie ihrn eigene!“

„Vatter, Ihr kennt des Malche nit, wie ich's kenn! Des Malche allsaans is schuld dran, daß ich uff de rechte Weg komme bin — daß ich übermorge vor Gericht alles sag, was ich tollschweige wollt! Mog ihr Mutter sein wie sie will — des Malche geht kaa krumme Weg! Dem Malche hab ich's zu danke, daß ich kaan falsche Eid schwör!“

„Dem Malche host Du's zu danke?“ fragte erklaunt der Vater. „Ja, wie war dann des?“

„Wie die Fraa Sissenauer desinner is komme, daß ich ihr Mädche gern hab — ich waach es nit! Awer sie hot mir Klipp und klar versproche, daß des Malche mei Fraa werd, wenn ich vor Gericht nit sage iät, daß ich dem Louis im Wald beegend bin!“

„Des sicht ihr ähnlch, der Vinal!“ warf Christoph Berger bitter ein. „Nam (einem) de Drei ums Maul erum zu schniarn — des versteht sie! No, un weiter!“

„Vor erer Stund do bin ich dem Malche selbst drowe in der Silberdach beegend. Es war kaan Zufall — sie hot mich abgepaßt! Aus Angst debo, daß ich den Eid leiste iät, wie mir's ihr Mutter zugemaht hot, war sie komme. Un beidwoore hot sie mich, nur die Wahrheit zu sage, wenn aach ihr Bruder ins Unglück kam. Un warum hot sie des getan? Weil sie mich grad so gern hot, wie ich sie — weil sie nit, leide wollt, daß ich mir mein ganges Lewe lang en Wortwurf, so mache hatt. Wenn aach die Feindschaft zwischen uns

Provinz und Umgegend.

Höchstpreise für Zichorienwurzeln.

Der Anbau von Zichorienwurzeln ist während der Kriegszeit sehr erheblich zurückgegangen. Die Zufuhr aus dem Ausland hat ganz aufgehört. Andererseits muß im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee-Ertrag besonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß ein weiterer Rückgang im Zichorienanbau nach Möglichkeit verhindert wird. Durch eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ist deshalb der Nebennehmerhöchstpreis für gedarrte Zichorienwurzeln aus der Ernte des Jahres 1918 auf 60 Mark für 100 Kilogramm festgesetzt worden. Für übrigen haben die bisher geltenden Bestimmungen über den Verkehr mit Zichorienwurzeln keine Veränderung erfahren. In dieser Hinsicht gilt namentlich folgendes: Das Verfüttern von Zichorienwurzeln, grün oder gedarrt, ist verboten; auch dürfen sie nicht gewerbsmäßig zu anderen Zwecken als zur Herstellung von Kaffee-Ertragsmitteln verwendet werden. Wer gedarrte Zichorienwurzeln in Gewährung hat, hat die Menge dem Kriegsernährungsamt für Kaffee, Tee und deren Ertragsmittel G. m. B. G. in Berlin anzuzeigen und auf Verlangen zu verladen. Bis zur Abnahme sind die Wurzeln aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Auf Antrag des zur Ueberlassung Verpflichteten hat der Kriegsausschuß binnen vier Wochen nach Eingang des Antrags zu erklären, welche bestimmte zu bezeichnenden Mengen er übernehmen will. Für die Menge, deren Abnahme der Kriegsausschuß ablehnt, erlischt hiermit die Absatzbeschränkung. Das gleiche gilt, soweit der Kriegsausschuß binnen der Frist von vier Wochen keine Erklärung abgibt. Alle Mengen, die hiernach dem Absatz durch den Kriegsausschuß vorbehalten sind, müssen von ihm abgenommen werden.

Wahlkreis Wanzleben.

Domersleben, 2. Mai. (Der Wolkenschlag) der am Montag hier niederging, hat schweren Schaden angerichtet. Die Wassermassen haben sich meterhoch in die Straßen und Gehöfte ergossen, alles mitrühend, was nicht rief- und nagelfest war. Der angerichtete Schaden in der Feldmark ist beträchtlich. Die Saaten sind demüthet, die Felder völlig verchlamm, so daß eine Neubestellung der Acker erfolgen muß. Besonders sind die ärmeren Familien schwer getroffen worden. Hausrat, Betten, Kohlen, Eingekochtes schwamm in dem wilden Wasser. Augenblickliche Hilfe war ausgeschlossen. Rüh, Ziegen, Hühner, Schweine, Kanarienvögel sind ertrunken, der Kartoffelvorrat verdorben. In einem Ausruf wendet sich der Pfarrrer zur Hilfeleistung an die Öffentlichkeit, um die große Not in den ärmeren Familien zu lindern.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 2. Mai. (Diebstähle.) In der Mittelstraße wurde die Wohnung der Frau Hanschid erbrochen, während sie in Gewand arbeitete. Auser 130 Mark wurden Kleidungsstücke, Wäsche und Schmuckstücke im Gesamtwert von 1000 Mark gestohlen. Als Täterin kommt die ledige Martha Specht in Frage, die erst aus dem Gefängnis entlassen ist. — In der Nacht zum Dienstag wurden beim Adersbörger Weid, Koloniestraße, Fleiß, Wurst, Speck, Butter, Schmalz und Eier, dem Landwirt Sommermeier, Koloniestraße, aus der Scheune ein Dreiviertel im Werte von 400 Mark und der Witwe Ziegler, Koloniestraße, aus ihrem Garten von der Leine Strümpfe, Westen und Handschuhe gestohlen.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 2. Mai. (Abgabe von Brennstoffen.) Für Beschaffung und Lieferung von Brennstoffen ist folgende Eintragung in die vom Kohlenamt genehmigten Kundenlisten der Händler; Lieferung auf Kohlenkarten, die vom Kohlenamt ausgegeben werden; Lieferung auf vom Kohlenamt ausgestellte Bezugsscheine. Lieferung auf Kundenlisten erfolgt nur an Haushaltungen, und zwar solche, welche ihren Bedarf fuhrerweife entnehmen. Haushaltungen, die in einzelnen Jahren beziehen, erhalten je eine Kohlenkarte mit der entsprechenden Anzahl Marken. Jeder Verbraucher darf sich nur bei einem Händler in die Kundenliste eintragen lassen. Als Höchstmengen werden bis auf weiteres für das Heizzjahr vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 festgesetzt: für eine 1-2-Zimmer-Wohnung mit Küche 30 Zentner, für eine 3-4-Zimmer-Wohnung mit Küche 40 Zentner. Grubelofen wird hierbei nicht mitgerechnet. Er wird nach dem bisherigen Verfahren weiter verteilt. Jeder Verbraucher kann für seine Brennstoffmengen die Brennstoffkarte bei der Anmeldung bestimmen. Beim Bezug verschiedener Brennstoffarten werden diese zusammengezeichnet. 15 Destofaer Gaslofs werden 1 Zentner andern Brennstoff gleich gerechnet. Unter nichter erhalten für die Heizzeit auf Antrag 5 Zentner Brennstoffe, sofern driliche und persönliche Verhältnisse nicht einen Mehr- oder Minderbedarf rechtfertigen. Die Brennstoffkarte für Untermieter werden dem Vermieter auf Nachweis der Vermietung einmalig zugewiesen; der Vermieter behält die Verantwortung für die Verteilung auf die Heizzeit. Die im Umlauf befindlichen Grubelofenmarken behalten Gültigkeit auch im neuen Jahre, die blauen Kohlenkarten sind ab 1. Mai ungültig. Ausgegeben für neue Kohlenkarten sind bekanntgegeben. Von den Anmeldungen von Brennstoffen in die Kundenlisten werden ohne weitere Anforderung nur Briefe geliebert. Für alle anderen Brennstoffe müssen nach Bedarf Bezugsscheine vom Kohlenamt angefordert werden. Als erste Teillieferung werden 15 Zentner Briefe geliefert. Die Anlieferung erfolgt im wesentlichen nach der Reihenfolge der Eintragung in die Kundenlisten.

(Grubelofen.) Koksabgabe erfolgt für die Koksmarken Reihen 23 und 24 Nummern 1-3000 in den Kohlenhandlungen von Dorendorf, Jürries, Schrader, Schüge, Dies und bei dem Konsumverein (Vaterstraße).

(Kondensierte Milch.) Diejenigen Volkswirtschaftsangehörigen, die bei den Milchhändlern in dessen Kundenlisten eingetragen sind, mangels genügender Vorräte gelegentlich Milch nicht erhalten, können kondensierte Milch in der Halberstädter Kolonial-Bismarckstraße, bzw. in der Eisenhohlwirtschaft auf Milchmarken beziehen.

Oschersleben, 2. Mai. (Der Diebstahl in der Kreis-Lebensmittelmühle.) Bei dem in der Nacht zum Sonnabend verübten Einbruch in der Kreis-Lebensmittelmühle sind fünf Hufen Fleischkonzerden zu je 45 Dosen, 150 Pfund Runkelrüben und eine Kiste mit 20 bis 30 Kisten Seifenpulver entwendet. Die Diebstahlsopfer tragen eine Leinwand, die in Hundspalten verpackte Runkelrüben die Aufschrift "Kriegs Brotanstalt". Von den Tätern steht bisher jeder Spur.

Wahlkreis Halbe-Oschersleben.

Alten, 2. Mai. (Reineid.) Wegen wissenschaftlichen Reineids hatte sich vor dem Schwurgericht Magdeburg die Witwe Helmine Hanke aus Althen zu verantworten. Die Angeklagte machte dem Gerichtsmannschaftsmittel die Aussage, Frau Sch. habe von ihrem Vater Kartoffeln entwendet, die ihr an Ort und Stelle wieder abgenommen seien. Die Beschuldigte erhielt darauf einen Strafbefehl über 30 Mark, erlosch aber Einspruch dagegen. In dem Verhandlungstermin vor dem Schwurgericht zu Alten hielt die Angeklagte als Zeugin ihre Aussagen aus und leitete den Zeugenstand. Das Gericht erkannte jedoch die Aussage auf Grund der übrigen Zeugenaussagen für unglaubwürdig und erkannte auf Freisprechung der Frau Sch. Ingekommen wird, die Angeklagte habe wissenschaftlich die Unwahrscheinlichkeit und behauptet, dies sei auch in verschiedenen weiteren Verhandlungen der Fall. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage mit dem Strafbefehlsgrund aus § 157 des Strafgesetzbuchs. Der Verurtheilte erkannte auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Oschersleben, 2. Mai. (Metallarbeiterverband.) Auf die am Sonnabend stattfindende Mitgliederversammlung sei besonders hingewiesen.

(Diebstähle.) In den letzten Nächten haben mehrere Diebstähle durch Einbruch stattgefunden. Bei der Witwe Krummel, Magdeburger Straße, wurden Zigaretten, Zigaretten und 15 Mark aus der Vadenkaffe gestohlen; beim Wäckermeister Herzogsdorf, Ueber den Steinen, Brote, Brotmarken und 5 Mark aus der Vadenkaffe; beim Wäckermeister Bringsen, Lindenstraße, 200 Zigaretten, 2700 Zigaretten, Eier und verschiedene Konerven; beim Gastwirt Biemelmeier, Wilsleber Straße, Zigaretten, Zigaretten, Schnaps und die Vadenkaffe.

(Lebensmittelabgabe.) Im Mai kommen zur Verteilung Butter, Butterbrot und Margarine. An die Versorgungsberechtigten 50 Gramm pro Kopf und Woche, Selbstversorger 100 Gramm und Schwerarbeiter 125 Gramm.

Barby, 2. Mai. (Verzehrung gestohlen.) Die Arbeiterburgen W. G. und F. G. liegen im Dezember in das Dampfjägerwerk der Firma Marquardt und nahen aus dem Kesselhaus Werkzeug und andre Sachen. Das zweitemal wurden sie abgefaßt und flüchteten. Die Angeklagten wurden vom Landgericht Magdeburg wegen vollendeten und versuchten schweren Diebstahls zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Förderstedt, 2. Mai. (Öffentliche Versammlung.) Nach längerer Zeit wird am kommenden Sonntag zum ersten Male hier eine öffentliche Versammlung stattfinden, zu der wir auch die Arbeiterburgen von A. G. und der andern umliegenden Ortsgruppen einladen. Die Zeit ist so gelegt, daß jedermann zur Versammlung kommen kann. Sie findet abends 8 Uhr im "Deutschen Kaiser", Besitzerin Frau Kater, statt. Unter Reichstagskandidat, Genosse W. E. M. (Magdeburg), wird über "Deutschlands Arbeiterburgen nach dem Kriege" sprechen. Das Thema dürfte wohl jeden interessieren, weshalb wir starken Besuch erwarten dürfen.

Staufurt, 2. Mai. (Zur Erinnerung) an die Arbeiterburgen machten einige Genossinnen und Genossen, wie sie während des Krieges jedes Jahr getan haben, einen gemeinsamen Spaziergang nach Loderburg.

(Die Polizeistunde) ist für den Kreis Halbe auf 11 Uhr festgesetzt.

(Ein Ei) erhalten die Nummern 2501-4600 pro Kopf.

(Die Melioration) ist seit 1. Mai weggefallen, nur die Kinder bis zu 2 Jahren behalten sie mit 1 Pfund pro Kopf und Monat. Erst in der letzten Tagen hat man die Bevölkerung mit der Erklärung beruhigt, daß wenigstens vorläufig die Brotration nicht gekürzt wird. Dafür nimmt man ihr nun das Wehl.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Osterburg, 2. Mai. (Anrechnung der Ziegenmilch.) In Anbetracht der großen Knappheit an Fett ist im Kreise Osterburg die Anrechnung der Ziegenmilch bei der Fett- und Milchlieferung beschlossen worden. Ziegenhalter, die Kühe besitzen, haben keinen Anspruch auf Kuhmilch, soweit ihr Anspruch auf Vollmilch durch Ziegenmilch gedeckt werden kann. In der Zeit vom 15. April bis 15. September werden den Ziegenhaltern Fettkarten entzogen. Bei der Entziehung der Fettkarten kommt in Betracht, wieviel Ziegen gehalten und wieviel Lektionen vom Haushalt gehören. Unter Ziegen sind stets 1 Jahr alte und ältere Tiere zu verstehen. In der Zeit vom 15. September bis 15. November tritt eine entsprechende Veränderung ein. Bei Milchlieferungen werden dieselben Preise wie für Kuhmilch gezahlt.

Stendal, 2. Mai. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich am Dienstag nachmittag in der Eisenbahn-Verkehr. Der Schloffer Brühahn wurde von der Welle eines Lokomotiv-Aufzugs erfaßt und mehrere Male mit herumgeschleudert. Dem Bedauernswerten wurde der linke Arm gebrochen, ferner wurden ihm die Kleider vollständig von Leibe gerissen. Der Verunglückte wurde dem Johanniter-Krankenhanje zugeführt.

Zangermünde, 2. Mai. (Der Verkauf von Butter) an Umländer, Krante und Schiffer findet im Monat Mai bei dem Kaufmann Thünagel, Stendaler Straße 54, der Verkauf von Fleisch an auswärtige Schiffer, die hier vor Anker liegen, bei den Fleischereimistern Luob und Müller statt.

(Die Ablieferung der Kartoffeln) ist von vielen Erzeugern sehr lästig betrieben worden. Der Magistrat droht bei Nichtablieferung mit Enteignung. In diesem Falle werden 3 Mark weniger gezahlt als der Erzeugerhöchstpreis. — Wenn es nur nicht bloß bei der Drohung bliebe. Bei der Enteignung würde man gewiß gute Resultate erzielen und, überall durchgeführt, gäbe man das Verbrauchsquantum höher festlegen können als pro Woche 7 Pfund.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 2. Mai. (Eierwucher.) Für Eier werden die fabelhaftesten Preise geboten. Daß durch diese freiwilligen Angebote der Bauer selbst hohe Preise fordert, ist gar kein Wunder. Wenn sich nun jemand ein paar Eier aufkauft für seinen eignen Gebrauch, so ist dies zu verstehen, wenn aber die Eier auf dem Wege des Schleichhandels aufgekauft werden, um dieselben nach dem Großstädten auszuführen, müssen die Liebhaber, der Verkäufer so gut wie der Käufer, auf das empfindlichste bestraft werden. Durch den Schleichhandel werden die Waren der Allgemeinheit entzogen. In Kloster-Menzendorf kauft ein Viehhändler die Eier auf, die er auf dem Schleichweg bekommen kann, und verführt sie nach Berlin. Er zahlt für jedes Ei 40 Pfennig. Diese werden in Berlin früher das Stück 60 Pfennig bis 1 Mark kosten. Nach diesen hohen Preisen zu schließen, ist der Schleichhandel nur für die bescheidenen Klassen angebracht. In ein hiesiges größeres Manufakturwarengeschäft kam eine Bauerfrau und wünschte den Inhaber zu sprechen. Auf die Frage einer Verkäuferin, erwiderte die Frau, daß sie Eier zu verkaufen habe, sie wolle auch gern der Verkäuferin etliche ablassen, jedoch letzteren dieselben 45 Pfennig das Stück. Einen solchen Preis konnte die Verkäuferin allerdings nicht zahlen. In das Geschäft scheinen überhaupt diese Frauen mit Eiern zu kommen. Es wäre doch wohl angebracht, diesen Schleichhändlern mehr auf die Finger zu sehen.

(Spargelhöchstpreise.) Der Erzeugerhöchstpreis ist für Spargel 1. Sorte auf 96 Pfennig, 2. und 3. unsortiert 66 Pfennig und Suppenpargel 50 Pfennig festgesetzt. Der Spargel darf nur in einer Länge von 20 Zentimetern geachtet werden. Auf 1. Sorte dürfen nur 12 Stangen, bei der 2. Sorte nur 25 Stangen zu einem Pfund ausmachen. Der Kleinverkaufspreis für Spargel 1. Sorte ist 120 Pfennig, für 2. und 3. Sorte (unsortiert) 86 Pfennig, Suppenpargel 41 Pfennig. Bei solchen Preisen werden gewiß nicht viele in den Genuss von Spargel kommen. Bisher hat der beste Spargel 50 bis 60 Pfennig das Pfund gekostet.

Salzwedel, 2. Mai. (Freibriefmendiebstahl) Gestohlen wurde in Juchsborg der Norddeutschen Ansehensversicherung ein Freibriefnummer von 20 Metern Länge im Werte von 300 Mark. Von dem Täter steht jede Spur.

Bereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Die Generalversammlung der Verwaltungsjahre Magdeburg des Metallarbeiterverbandes, welche am 23. April im Zirkus abgehalten wurde, erlosch zumäch die seit dem 17. Februar gemeldeten Toten. Brandes gab dann ein Bild von der Tätigkeit des Verbandes in letzter Zeit. Die Mitgliederzahl steigt andauernd. Im ersten Vierteljahr ist sie am Orte von 6645 auf 6750 gestiegen, die der weiblichen Mitglieder von 1290 auf 1541. Nezu als 3000 Mitglieder sind zurzeit Soldat. Obwohl diese im vorstehenden Stendal nicht mitgezählt sind, beträgt hier bereits 92 Prozent des Mitgliederstandes vor Ausbruch des Krieges. Auch die Zeitschriftung, 12 Pfennig pro Mitglied und Vierteljahr, ist eine gute. Lohnbewegungen konnten wieder in einer Anzahl Betriebe mit Erfolg durchgeführt werden, in einigen Kriegsbetrieben auf Vorderrand, sie sind deshalb noch nicht erledigt. In eini-

gen sind sogar Verschlechterungen versucht worden, zu einer Zeit, wo noch mit jedem Tage die Preise der Waren in unvorstellbarer Weise weiter erhöht werden, so daß die Arbeiterburgen zu neuen Lohnforderungen gezwungen wird. Vom Abbau der Löhne wird zurzeit viel geredet und geschrieben. Verschiedene Methoden werden behandelt. Das Lohlorbist m tritt wieder in den Vordergrund. In den letzten Bezirksversammlungen ist deshalb diese Methode schimmiger Ausnutzung der Arbeiter eingehend besprochen worden. Beim Abbau der Löhne erscheinen auch die gelben Arbeiterburgen auf dem Plane. Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben ihre Leiter keinen Finger gerührt. Jetzt aber unterstützen sie förmlich die Forderungen der Arbeitgeber, Bezirks- und Bundesstage, auf denen in Gegenwart hoher politischer und wirtschaftlicher Protektoren Pläne gegen die Arbeiter geschmiedet werden. Die Metallarbeiterburgen muß deshalb um so eifriger den Zusammenschluß im Metallarbeiterverband vollziehen, alt und jung, männlich und weiblich. Das gilt ganz besonders auch für die Kriegsbeschädigten wie für die Kriegsteilnehmer überhaupt.

Die Verwaltung ist aufgefordert worden, ihre am Kriege beteiligt gewesenen Mitglieder für eine Organisation der Kriegsbeschädigten zu interessieren. Die Verwaltung glaubt jedoch, daß die Interessen der Kriegsteilnehmer von den Gewerkschaften am allerwirksamsten wahrgenommen werden können und, soweit eine politische Interessenvertretung nötig wird, diese in den politischen Organisationen der Arbeiter gegeben ist. Sie brauchen den gewerkschaftlichen Schutz noch mehr als andre Arbeiter. Die Verwaltung wird eine systematische Arbeit zu ihrem Gunsten betreiben und rechnet dabei auf die Mitarbeit aller Kollegen. Brandes verweist am Schluß auf die jährliche Nummer des Verbandsorgans, in welcher die Jahresbilanz des Gesamtverbandes für 1917 enthalten ist. Danach ist der Verband im letzten Jahr um 145 000 Mitglieder gewachsen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 392 000 und hat sich bis 6. April bereits um weitere 31 000 erhöht. Diese starke Entlohnung gelte es innerlich und äußerlich zu vervollständigen, um eine gesicherte Unterlage für die kommenden großen Aufgaben im Dienste der Arbeiter zu schaffen. (Beifall.)

Den Bericht der Revisionen erstatte Schreiber, der Entlohnung beauftragt. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Ein Antrag der von der Verwaltung geeignete Schritte erwartet, damit die gezeigten Faktoren endlich zur Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit übergehen, wird angenommen. Ein weiterer Antrag fordert höhere Entlohnung für Nachtarbeit. Er wird der Ortsverwaltung als Material überwiesen, ebenso ein Antrag Ute Neustadt, der für die funktionäre geeignete wissenschaftliche Literatur verlangt. Die Vertrauensleute beantragen die Zustimmung der Generalversammlung zu folgendem Beschluß:

Die Vertrauensmänner-Sektion weist die Verdächtigung im Mitteilungsblatt der sozialdemokratischen Partei entschieden zurück, nach welcher die Sitzungen und Versammlungen des Verbandes den Sitzungen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gleichzustellen seien. Die Vertrauensmänner-Sektion ist sich bemüht, daß in ihren Verhandlungen nur solche Fragen erörtert werden, die zum Interessenkreis der Gewerkschaft gehören. Sie ersucht deshalb die Generalversammlung, derartigen wahrheitswidrigen Nachrichten nachdrücklich entgegenzutreten.

Die Generalversammlung tritt dem Beschluß einstimmig bei. Es erfolgt dann die Wahl von drei Stellvertretern für zum Militär eingezogene Mitglieder der Ortsverwaltung, ferner von zwei Parteileitern und sechs Stellvertretern für gleichfalls in letzter Zeit zum Militär eingezogene Parteileitende. Schließlich wird nach kurzer Debatte den Anträgen einstimmig zugestimmt, die in der letzten Generalversammlung nicht mehr erledigt werden konnten, nach welchem 1. gegen den Anschluß der Generalkommission an den Volksbund für Freiheit und Vaterland protestiert wird und 2. der Verbandswahlende Schilde erucht wird, seine Stellung im Kriegsam aufzugeben im Hinblick auf die zahlreichen Einberufungen tüchtiger Verbandsfunktionäre an vielen Orten Deutschlands, die von den Unternehmern als abkömmlich gemeldet waren, weil sie die Interessen ihrer Mitarbeiter energisch vertreteten, die Reichsärzten der Verbandsstellen aber ohne Beachtung blieben.

Briefkasten.

Zur Beachtung!

Briefliche Antwort wird nur in besonders gezeigten Ausnahmefällen erteilt!

G. L., Zehnebeck. Anfrage ist bereits in Nr. 91 vom 21. April beantwortet. 1. Besondere politisch-sozialdemokratische Vereine gibt es in Deutschland nicht. 2. Zit uns nicht bekannt.

100 Frohse. Der Pachtler kann Ihnen in diesem Falle leider entgegen kommen.

Kerstr G. Das muß durch die Zeitung geschehen.

S. S. S. Die Kriegerfrau kann zur Räumung der Wohnung nicht gezwungen werden.

Guden. Verschaffen Sie sich einen Reiseausweis, der von der Polizeibehörde ausgestellt wird.

S. C. Die Strafe ist noch nicht gelöst.

S. St. Wernigerode. Sie verlangen von der Frigidität der Post zuviel.

S. W. Stellen Sie bei der Ortsbehörde den Antrag auf Ermäßigung des Kriegskellergebühre.

S. G. 193. Den Kontrakt müssen Sie einhalten.

S. S. 100. 1. und 2. Ja. 3. Ja. Sie können sich an das Miet-einigungsamt beim Amtgericht wenden, um die Kündigung einzuwirken zu lassen. Erhalten Sie keine Wohnung, machen Sie der Gemeindebehörde Mitteilung.

Finster Richter, W. L., 201 S. S. Geld erhalten.

Mehrere Feldgrane. Der Roman "So wahr mir Gott helfe" ist jetzt in Buchform erschienen und durch uns zu beziehen. Preis inkl. Porto 2,25 Mark.

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null

Ort	Stunde	Stunde	Stunde	Stunde
Brandsh.	1.5	+ 0.52	0.03	
Brandsh.		+ 0.54	0.10	
Recht		+ 0.49	0.09	
Leinertsh.	2.5	- 0.13	0.11	
Kreuz		- 0.97	0.11	
Largan		+ 0.61	0.17	
Hiltenberg		+ 1.83	0.15	
Roglan		+ 1.23	0.15	
Alten	1.5	+ 1.55	0.04	
Wachp.	2.5	+ 1.61	0.10	
Magdeburg		+ 1.27	0.07	
Zangermünde		+ 2.21	0.01	
Wittenberge		+ 1.54	0.03	
Genz	1.5	-	-	
Wanzl.		+ 1.34	0.01	
Berden	30.4	+ 1.13	0.10	
Waggenburg	1.5	-	-	
Soltau	2.5	+ 1.38	0.02	
Düben	1.25	-	-	
Genz	2.5	+ 1.23	0.16	
Genz		+ 2.14	0.10	
Wernigerode		+ 1.38	0.03	
Salze Oberp.		+ 1.63	0.08	
Salze Unterp.		+ 1.03	0.04	
Grüschke		+ 1.13	0.03	
Brandenburg	1.5	+ 2.00	0.02	
Brandenburg		+ 1.00	0.04	
Brandenburg		+ 1.34	-	
Brandenburg		+ 0.65	0.03	
Brandenburg		+ 2.00	-	

Wettervorhersage.

Freitag, 3. Mai. Aufklarend, wärmer, brisige Gewitter.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht bezogene Bestellungen werden nicht zurückgeschickt...

Berlag von Otto Weimich, München und Leipzig. Inträgliches Mitgeber für Pilsjuden.

Musikalische Bildung und Erziehung zum musikalischen Leben. Von Professor Dr. A. Schering.

Ringen an der Spitze und im Herzen. Aufzeichnungen des Feldpredigers Otto Niebide.

Das Buch für alle hat seit länger als einem halben Jahrhundert Millionen von Lesern durch reichen und sorgfältig gewählten Unterhaltungsstoff die Muhestunden verschönert.

„Saterlanbpost“. Erste Auswahl aus der Deutschen Korrespondenz. Bejorgt von Martin Gohsm. Verlag Eugen Diederichs, Jena.

Even Gedin, Bagdad - Babylon - Ninive. Große Ausgabe, 420 Seiten, 240 Abbildungen und eine Karte.

Germanen oder Slawen? Die Mongolisierung Europas. Von Dr. von Alfred Widen. Christiania. Verlag Karl Curtius, Berlin.

Bekanntmachung.

Auf Marke 4 der Bierkarte kommt von Freitag den 3. Mai 1918 an 1 Ct zum Preise von 88 Pfennig zur Verteilung.

Berichtigung.

§ 1, 6 unserer Bekanntmachung über Höchstpreise für Briefzettel muß es heißen: Die Höchstpreise für 1 Zentner Briefzettel einschließlich Steuer beträgt bei Lieferung an Verbraucher: a) ab Stadtlager Markt 200.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die zahlreichen Wünsche von Angehörigen der Gefallenen werden Anträge von Seiten von weislichen Kriegsgenossen, soweit es die Betreffsangelegenheit und die Stempelverhältnisse zulassen - insbesondere bis 31. Mai 1918 gestützt.

Stellvertretendes Generalkommando 4. Armee-Korps. Für den Chef des Stabes. Kaufmann. Major a. R.

Wir verlegen unsere Geschäftsräume von Domstraße 2 nach Hasselbachstraße 7, I.

Im Interesse einer prompten Lieferung bitten wir unsere verehrliche Kundschaft, uns die Kohlenkarten zugehen zu lassen.

Schultze & Scharrer

G. m. b. H.

Kaufe Pfandscheine sämtlicher Leihhäuser. Gebte die höchsten Preise. Max Eckstein, Königshof 5.

Badan Geschäfts-Eröffnung. Baden Restaurants Kur- und Badeanstalt Coquistraße 19. Fr. Marquardt und Frau.

Deutscher Schneider-Verband. Freitag den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Diamantbräu, Berliner Straße 14. Mitgliederversammlung.

Schweine-Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Salbke. Sonntag den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr im S. Hindenburgischen Hotel, Alt-Salbke. ordentl. Generalversammlung.

Sonbild-Theater Buchau. Vom 2. bis einschließlich 6. Mai Ellen v. Serz in Bretter, die die Welt bedeuten.

Fürstenhof-Brunnfoal

Letztes Auftret. Sonntag den 5. Mai, abds. 7 1/2 Uhr. Ellen Astor und Partner.

Vorführung und sofort Aufklärung folgende Experimente über Spiritismus, Gedankenlesen, Hellsehen, Zauberei, Verbrennen und Verschwinden einer lebenden Dame, Flug durchs Publikum, Geisterkabinett, Enthüllung Mordtat durch Gedanken, Flucht aus d. versch. einer übertragen, Gluch, Sad und Stiefel, Neu! Enthauptung einer Person aus dem Publikum und weitere rätselhafte Experimente.

Gr. Militär-Konzert. Sonntag den 5. Mai, von 1 Uhr nachmittags an. Obermusikmeister C. Schleich.

Nach Hohenwarthe - Niegripp. wochentags 7 und 2 1/2 Uhr. Stettin & Lüdecke.

Stephanshallen. Täglich abends 7 Uhr Sonntags ab 3 Uhr nachm.

Erstklassige Varieté-Vorstellung! Täglich abends 7 Uhr Sonntags ab 3 Uhr nachm.

Stadt-Theater. Freitag den 3. Mai. 1. Abend. Gewitter.

Emilia Galotti. Sonntag den 4. Mai. 1. Abend.

Wilhelm-Theater. Freitag den 3. Mai, 7 1/2 Uhr. Schauspiel Friz Dab Der Zigeunerbaron.

Lumpazivagabundos mit WM Wilhelm als Schneider Zwirn.

Zentral-Theater. Freitag: Zum letztenmal Schwarzwaldmädel.

Sonnabend: Zum erstenmal Die Csárdásfürstin.

Sonntag 3 1/2 und 7 Uhr: Die Csárdásfürstin.

Deute Freitag 7 1/2 Uhr Zum letztenmal! 3884 Lumpazivagabundos mit WM Wilhelm als Schneider Zwirn.

Morgen Sonnabend Robert und Bertram. Hoffe mit Gesang in 4 Akten von Raber.

Bertram... Willi Wilhelm. Vorstellung 11-1 Uhr.

Tapeten wieder am billigsten in großer Auswahl in modernen Gebelns und auch schone Dessins in Cremers Tapetenhaus. Gr. Münzstr. 1 Tel. 5240. Prima Klebstoff stets vorrätig.

Schuhmacher-Armaschinen. Eißent & Sellmann, Magdeburg.

Friseur-Geschäft. 28 Jahre lang, unübertroffen. Ein Geschäft mit zwei Schwestern. In Erfahrung in der Exped. a. 21.

Kastenwagen. Kraftschonend, gefahrlos. Preis: 110, 125, 145 Mark.

Fritz Hennig, Genthin. Farben- und Malerarbeiten - Biele - Raum 471.

Witz Schallplatten. Mit dem besten Klang. Preis 1.25 Mark.

Gehen Ihre Uhren nicht? Reparaturen jeder Art. Fr. Pöhlitz.

Wiedergeburt! 34 Jahre lang für Millionen. Spezialität: 2 Jahre 2 | 3 Jahre 3.

Bettmatten. Bedienung für alle u. Gefährlich. Preis: 1.25 Mark.

Der Rodel-Kavalier. Schauspiel in 3 Akten. Preis: 1.25 Mark.

Kopf-Wäsche. Frisuren. Zöpfe. Oelstäter. Bild einer Frau.

Futter-Rüben. Spezialität.

Casino-Theater. Täglich 7 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr. Spezialitäten!

Kammer-Lichtspiele. Panorama.

Dem Licht entgegen. großes modern. Schauspiel in 3 Akten. Preis: 1.25 Mark.

Ab heute mit bekannten Filmkünstlern.

Der Rodel-Kavalier. Schauspiel in 3 Akten. Preis: 1.25 Mark.

Egede Nissen in Die drei auf der Platte. Schauspiel in 4 Akten. Preis: 1.25 Mark.

Hans Mühlhofer in Tuberosen. Drama in 4 Akten. Preis: 1.25 Mark.